



JAHRESBERICHT 2010/2011



BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION

B · I · C · C





Impressum

BICC • Bonn International Center for Conversion – Internationales Konversionszentrum Bonn GmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1 • 53121 Bonn • Deutschland • Tel.: +49-228-911 96-0 • Fax: +49-228-911 96 22
E-Mail: bicc@bicc.de • Internet: www.bicc.de
Direktor: Peter J. Croll • Herausgeberin: Susanne Heinke • Publishing Management: Heike Webb

Mitarbeit am Jahresbericht 2010/2011

Projektleitung:	Susanne Heinke
Autoren:	Marc von Boemcken, Peter J. Croll, Michael Dedek, Jan Grebe, Susanne Heinke, Marius Kahl, Marie Müller, Andrea Warnecke, Lars Wirkus
Redaktion:	Susanne Heinke
Übersetzung:	Lynn Benstead (Englisch), Heike Webb (Deutsch/Englisch)
Sonstige Mitarbeit:	Janina Heiliger, Liane Heinz, Alexander Strunck (Karten), Susanne Zacharias
Layout:	media production bonn gmbh
Redaktionsschluss:	8. April 2011

Inhalt

Geleitwort	4
Vorwort	5
Geschäftsbericht	7
Projektberichte	
Der GMI – Ein „Frühwarnsystem“ für die Politik?	12
Militarisierung, Menschenrechte, Sicherheit – Länderportraits von Empfängern deutscher Rüstungsexporte	14
Kommerzielle Sicherheit in Postkonfliktgesellschaften: Timor-Leste und Liberia	16
Der Demobilisierungs- und Reintegrationsprozess im Südsudan gewinnt an Bedeutung	18
Diamanten und Entwicklung – Beratung in Sierra Leone	20
Gesellschaftliche Folgen der Arbeitsmigration in Zentralasien – Pilotstudie Tadschikistan	22
Integration umfasst Wertschätzung von Diversität	24
Truppenabzug trifft Nordrhein-Westfalen doppelt	26
Nur einen Klick entfernt – Informationen und Daten zu Krieg und Frieden	28
Publikationsliste	30
Das BICC	33

Geleitwort



Die Welt gerechter, friedlicher, ökologischer, wirtschaftlich zukunftsfähiger und nachhaltig zu gestalten – das ist ein wesentliches Ziel der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen. Wir sind der Auffassung, dass vor dem Hintergrund der Globalisierung auch die Bundesländer ihren Beitrag zu den Millenniumszielen der Vereinten Nationen leisten müssen, um weltweit Hunger, Armut und Not zu bekämpfen. Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit und die Lokale Agenda 21 stehen in dieser Tradition der Verantwortung. Die nordrhein-westfälische Landesregierung sieht in der Unterstützung dieser Arbeit ihre Rolle in einer modernen und auf die aktuellen Herausforderungen reagierenden Eine-Welt-Politik.

Dazu gehört, dass alle Ressorts der Landesregierung in ihrer Arbeit Eine-Welt-Aspekte stärker als bisher berücksichtigen, um diesem Auftrag gerecht zu werden: Dazu gehören z.B. offene und partnerschaftliche Dialoge auf allen gesellschaftlichen Ebenen, die Pflege und der Ausbau nationaler und internationaler Partnerschaften und die Stärkung ziviler und präventiver Strategien des Konflikt- und Krisenmanagements. Auch die Weiterentwicklung und den Ausbau der Stadt Bonn als Standort für internationale Zusammenarbeit müssen wir in den Blick nehmen und die dort versammelten internationalen Einrichtungen stärker mit der Landespolitik verknüpfen.

Zur Erreichung dieser Ziele benötigen wir die Unterstützung starker und kompetenter Partner. Das BICC ist ein solcher Partner. Gegründet im Jahr 1994 durch die nordrhein-westfälische Landesregierung als unabhängige, gemeinnützige Organisation mit dem Schwerpunkt in der Konversionsforschung, hat sich das Institut in seinem nunmehr 17-jährigen Bestehen zu einem der führenden Institute für Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland entwickelt. Durch seine Arbeit will das BICC helfen, gewaltsame Konflikte zu verhindern und zu ihrer konstruktiven Transformation beitragen: Abrüstung setzt Mittel frei, die zur Bekämpfung der Armut genutzt werden können. Konversion sorgt dafür, dass diese Ressourcen zielgerichtet umgewidmet und optimal genutzt werden können.

Durch anwendungsorientierte Forschung, Beratung und Training leistet das Institut somit einen Beitrag zu Frieden und Entwicklung.

Doch damit nicht genug. Erstmals in seiner Geschichte nimmt das BICC im Global „Go-To Think Tanks“ Report der University of Pennsylvania 2010 den Platz 50 der weltweit führenden Ideenfabriken außerhalb der USA ein. Das Ranking basiert auf einer Analyse von 6.480 Denkfabriken aus 169 Ländern. Diese hohe Auszeichnung ist aber gleichzeitig auch eine Verpflichtung für die Zukunft.

Der nun vorliegende Jahresbericht gibt in eindrucksvoller Art und Weise Einblick in die praktische Arbeit des BICC anhand ausgewählter Projekte, berichtet über die umfassende Entwicklung der weltweiten Militär- und Entwicklungsausgaben mit einem besonderen Schwerpunkt auf Deutschland, informiert über die wirtschaftliche Lage des Instituts und enthält eine umfangreiche Publikationsliste mit den Veröffentlichungen der Organisation sowie seiner Forscherinnen und Forscher. Das schafft Transparenz und erhöht damit das Vertrauen in die Arbeit des Instituts.

Ich bin mir sicher, dass es dem BICC auch in Zukunft gelingen wird, sein Profil als internationaler Think Tank weiter zu schärfen. Auf eine Forschungseinrichtung, die zu existenziellen Fragestellungen der modernen Welt Wesentliches beizutragen hat, darf der Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen stolz sein.

Ich freue mich auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit, wünsche dem BICC weiterhin viel Erfolg bei seiner wichtigen Arbeit und den Leserinnen und Lesern eine anregende Lektüre.

Svenja Schulze

Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorwort



Das *Think Tanks and Civil Societies Program* der Universität Pennsylvania listet das BICC in seinem Global „Go-To Think Tanks“ Report 2010 auf Platz 50 der fünfzig führenden nicht US-amerikanischen Ideenfabriken. Es ist das erste Mal in seiner 17-jährigen Geschichte, dass das BICC in diesem internationalen Rahmen platziert worden ist. In ihrer Gratulation nannte die NRW-Wissenschaftsministerin Svenja Schulze das BICC ein „kleines aber überaus feines Institut in Nordrhein-Westfalen“. Darauf sind meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ich stolz.

Klar ist jedoch, dass wir uns nicht auf diesen Lorbeeren ausruhen werden. So hat seit dem Erscheinen des letzten Jahresberichts im BICC eine intensive Diskussion zu seiner zukünftigen inhaltlichen Ausrichtung begonnen. Wir haben uns der Frage gestellt, unter welchen programmatischen Fragestellungen wir in den nächsten Jahren anwendungsorientierte Forschung, Beratung und Training anbieten und durchführen wollen. Wir wollen unsere Arbeit stärker fokussieren, um unserer Aufgabe Frieden, Sicherheit und Entwicklung weltweit zu fördern, besser denn je gerecht zu werden. Ein weiterer Leitgedanke war, wie wir bessere Synergien zwischen den Inhalten und Methoden unserer Forschung herstellen können. Fünf Schwerpunkte haben sich dabei herauskristallisiert, die sich bereits in den Projektberichten dieses Jahresberichts 2010/2011 widerspiegeln.

Rüstung – Globale Trends, Exporte und Kontrolle: Globale Trends bei den Verteidigungsausgaben, Streitkräftestärken und Militarisierung werden auf einzigartige Weise im **Globalen Militarisierungsindex (GMI)** untersucht. Der GMI schafft ein Ranking der am höchsten und der am niedrigsten militarisierten Staaten, indem er die staatliche Mittelverteilung an das Militär zum Bruttoinlandsprodukt oder zu anderen gesellschaftlichen Bereichen wie z.B. der medizinischen Versorgung in Beziehung setzt. Er bietet Einsichten auf Basis der aktuellsten Daten ebenso wie Trends der letzten 20 Jahre nach Ende des Kalten Krieges. Auf diese Weise kann er der Politik als „Frühwarnmechanismus“ dienen – etwa bei der Bewertung von Länderrisiken bei Rüstungsexporten. Genau hier setzen auch die 21 **Länderberichte** auf www.ruestungsexport.info an. Sie stellen Zusammenhänge zwischen

Rüstungsexporten, Entwicklung und Menschenrechten her und sind ein adäquates Mittel zur Politikberatung.

Sicherheit – Akteure, Systeme, Bedrohungen: Dieses neue Programm will die Sicherheitspraktiken unterschiedlicher Akteure in verschiedenen regionalen Zusammenhängen verstehen, abbilden und bewerten helfen. Als „Sicherheitspraktik“ definieren wir dabei im weitesten Sinne jedwede gesellschaftliche Aktivität, die versucht, wahrgenommene Bedrohungen koordiniert und über einen längeren Zeitraum hinweg zu erfassen, zu formulieren und ihnen zu begegnen. Vor diesem Hintergrund fragen wir uns: Welche Anforderungen gibt es an den staatlichen Sicherheitssektor, u.a. die Streitkräfte, Polizei, Kontrollbehörden, Justiz- und Strafvollzugsorgane? Welche Rolle spielen nicht staatliche Sicherheitsakteure, z.B. private Sicherheitsdienste? Die ersten Ergebnisse einer Feldforschung zu **kommerzieller Sicherheit in den Post-Konflikt Gesellschaften Timor-Leste und Liberia** sind in diesem Jahresbericht zu finden.

Zu **Entwaffnung, Demobilisierung und sozioökonomischer Reintegration** von ehemaligen Kämpferinnen und Kämpfern im **Südsudan** berät ein Langzeitexperte des BICC die Südsudanesischen Kommission für Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration (Southern Sudan Disarmament, Demobilization and Reintegration Commission – **SSDDRC**).

Rohstoffe und Konflikte: Schon seit dem Jahr 2000 erforschen wir den Zusammenhang zwischen Rohstoffen und Konflikten und machen entwicklungspolitische Lobby- und Bildungsarbeit zu diesem Thema. Was sind die Faktoren, die zur fatalen Verbindung von Rohstoffen und Gewaltkonflikten führen? Welche Art von Rohstoffmanagement kann zu Frieden und Entwicklung beitragen? Wie können solche Strukturen weiter gefestigt werden? In **Sierra Leone** sind BICC-Fachleute der Frage nachgegangen, wie die **Diamantengewinnung** dort Entwicklung, Sicherheit und Frieden fördern kann.

Migration, Konflikte und Sicherheit: Das BICC untersucht Zusammenhänge von Migration und Sicherheit und will empirische Daten zu (Un-)sicherheit als Ur-

che bzw. Konsequenz von freiwilliger und unfreiwilliger Migration erheben. „**Migration – Integration – Entwicklung. Afrikanische Migrant*innenorganisationen in Nordrhein-Westfalen**“ lautete der Titel einer Studie, zu der Eberhard Neugebohrn, Geschäftsführer der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen (SUE), im Interview Stellung nimmt. Ein anderes Projekt führte BICC-Expertinnen nach Zentralasien, wo sie vor allem über **Arbeitsmigration aus Tadschikistan nach Russland** forschten.

Liegenschaftskonversion: Wir verfügen über 17 Jahre Konversionserfahrung und sind auch international (u.a. Südafrika und Südkorea) in Sachen Liegenschaftskonversion aktiv. In diesem Jahresbericht veröffentlichen wir eine aktuelle **Karte der Konversionsstandorte in Nordrhein-Westfalen**.

Die systematische und methodologisch fundierte Erhebung, Bereitstellung und Auswertung von Daten bildet jedoch nicht nur eine Schnittstelle für alle Programmbereiche. Eine 2010 begonnene **Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)** koppelt die internationale Expertise des BICC in allen Bereichen der fachlich wissenschaftlichen Analyse sowie der Aufbereitung der damit verbundenen Daten und Fakten mit dem Auftrag und der Reichweite der bpb. Die Zusammenarbeit hat das ambitionierte Ziel, zum Themenkomplex Krieg und Frieden ein modular aufgebautes **Informationsportal** für die Online-Dienste der bpb zu schaffen.

Ich will – beispielhaft für die internationale und akademische Vernetzung des BICC – zwei weitere Kooperationen nennen. So haben das Institut für Politische Wissenschaften und Soziologie der **Universität Bonn** und das BICC ihre Zusammenarbeit mit dem **gemeinsamen Forschungsprojekt „Migration und Sicherheit: Dauerhafte Lösungen für Flüchtlinge“** intensiviert.

Und bereits zum vierten Male beteiligt sich das BICC am **Global Media Forum der Deutschen Welle**. Die diesjährige internationale Zusammenkunft von Medien, Politik und Wissenschaft findet unter dem Titel **„Human rights and globalization – Challenges to the media“** statt. Mehr als 1.300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der ganzen Welt werden vom 20. bis

22. Juni 2011 in Bonn diskutieren. Das BICC wird einen eigenen Workshop mit dem Titel **“Transnational migration and security. Price and prejudices”** durchführen und sich inhaltlich an der von der Deutschen Welle veranstalteten Podiumsdiskussion **“Women – Victims of War”** beteiligen.

Anfang des Jahres 2011 ist vieles in der Welt in Bewegung geraten. Proteste, Revolutionen und gewalttätige Konflikte prägen derzeit die Situation in den arabischen Ländern. Der GMI belegt, dass gerade Staaten des Nahen und Mittleren Osten schon seit geraumer Zeit Spitzenplätze bei den Militarisierungsgraden einnehmen und sich auch viele arabische Länder auf hohen Rängen befinden. Sollte sich die Politik nicht aktiver eines solchen „Frühwarnsystems“, wie es der GMI darstellen könnte, bedienen und etwa ihre Rüstungsexport und -kontrollpolitik überprüfen? Und ist es nicht angesichts des anhaltenden Flüchtlingsdramas in und vor Lampedusa für die europäischen Regierungen an der Zeit, ihre (Bedrohungs-)Vorstellungen von Migration und Sicherheit zu überprüfen? Als internationaler Think Tank mit globaler Anerkennung fühlen wir uns verpflichtet, mit unseren Analysen zu solchem Umdenken aktiv beizutragen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und lade Sie herzlich zur Kommentierung unseres Jahresberichts 2011 ein.

Peter J. Croll
Direktor BICC

Geschäftsbericht

Das BICC (Internationales Konversionszentrum Bonn – Bonn International Center for Conversion) befasst sich auf der Grundlage anwendungsorientierter Forschung an der Schnittstelle zwischen Frieden, Sicherheit und Entwicklung mit allen Fragen, die dazu beitragen Abrüstung weltweit umzusetzen. Es versteht sich als Einrichtung der Forschung, des Wissensmanagements, der Dienstleistung und Politikberatung mit nationalem und internationalem Wirkungskreis. Partner, Förderer oder Kunden sind u.a. die Vereinten Nationen, die Europäische Union, Regierungen, Kommunen sowie verschiedene nicht staatliche Einrichtungen aus Wissenschaft und Politik.

Das BICC wurde 1994 als gemeinnützige GmbH auf Initiative des damaligen NRW-Ministerpräsidenten Johannes Rau und des damaligen UN-Generalsekretärs Kofi Anan gegründet und hat heute zwei Gesellschafter – das Land NRW und das Land Brandenburg. Das Land NRW dokumentiert durch das BICC sein Engagement für Bonn als Standort der internationalen Zusammenarbeit und der Entwicklungspolitik.

Internationales Konversionszentrum Bonn - Bonn International Center for Conversion (BICC) GmbH

Pfarrer-Byns-Straße 1, 53121 Bonn,
 Telefon: +49-(0)228-911 96-0, Fax: +49-(0)228-911 96-22,
 E-Mail: bicc@bicc.de, Internet: www.bicc.de
 Geschäftsführer: Peter J. Croll
 Prokurist: Michael Dedek
 Handelsregister: Bonn HRB 6717
 Steuernummer: 5202/5783/0483
 VAT Umsatzsteueridentifikationsnummer: DE811913398

Gesellschafter des BICC:	
Land Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf:	85%
Land Brandenburg, Potsdam:	15%

Das BICC hat einen Aufsichtsrat, der die Gesellschafter berät und die Geschäftsführung überwacht. Er besteht aus sieben Mitgliedern, die von der Gesellschafterversammlung bestellt werden und ist u.a. für die Genehmigung der jährlichen Arbeitsprogramme und Finanzplanungen zuständig.

Die Aufsichtsratsmitglieder im April 2011

1. Staatssekretär Helmut Dockter, Vorsitzender des Aufsichtsrates, Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
2. Dr. Lale Akgün, Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
3. Prof. Dr. Armin B. Cremers, Prorektor, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
4. Michael Deitmer, Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
5. Franz Meiers, Geschäftsführer, NRW.URBAN Service GmbH, Dortmund
6. Dirk Reitemeier, Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg, Potsdam
7. Helmut Rubin, Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Das BICC und insbesondere die Geschäftsführung werden in allen wissenschaftlichen, politischen und auch akquisitorischen Fragen von einem internationalen Kuratorium beraten. Das Kuratorium macht Vorschläge zum Arbeitsprogramm, kommentiert die Publikationen des BICC und gibt inhaltliche Anregungen. Die Mitglieder werden von der Gesellschafterversammlung berufen.

Um seine vielfältigen Aufgaben und Dienstleistungen erfüllen zu können, vertraut das BICC auf eine internationale und interdisziplinär geprägte Belegschaft sowie unterschiedlichste Partner. In Jahr 2010 waren durchschnittlich 29 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, davon zwölf in Vollzeit sowie 17 in Teilzeit.

Das Konversionszentrum bietet auch Praktikantinnen und Praktikanten die Möglichkeit der Mitarbeit in einem international tätigen Zentrum. Zwischen Januar 2010 und März 2011 waren elf Praktikanten aus sechs Ländern am BICC tätig.



Die wichtigsten Projekte 2010/2011 im Überblick:

Anwendungsorientierte Forschung		Auswahl Produkte/ weitere Informationen
Außen- und sicherheitspolitisches Engagement europäischer Staaten im Nahen und Mittleren Osten	seit Dezember 2010	Teilvorhaben innerhalb des vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) koordinierten Verbundprojekts Terrorismus und Radikalisierung: Indikatoren für externe Einflussfaktoren (TERAS-INDEX)
Kommerzialisierung von Sicherheitsproduktion in Entwicklungsländern	seit August 2009	Forschungsvorhaben mit Feldforschung, finanziert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
(Re)Migration in Zentralasien und Implikationen für die Regimestabilität in zentralasiatischen Staaten	seit Oktober 2010	Pilotstudie mit Feldforschung in Tadschikistan und Russland (Schwerpunkte) gefördert von der Gerda Henkel Stiftung
DIASPEACE – Diaspora für Frieden: Muster, Trends und Potential von Diasporabeteiligung in Konfliktsituationen. Fallstudien am Horn von Afrika	bis Februar 2011	Projekt im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms der EU – siehe www.diaspeace.org
Afrikanische Migrantenorganisationen (MO) in Nordrhein-Westfalen - Organisationsformen und Aktivitäten	seit Januar 2010	Studie im Auftrag der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen – BICC <i>brief</i> 44 siehe: www.bicc.de
Vergewaltigung und Krieg - Sexualisierte Gewalt gegen Frauen in bewaffneten Konflikten	bis September 2010	Studien mit Feldforschung für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) – BICC <i>brief</i> 43 siehe: www.bicc.de/publications/briefs/brief-43.html
Beteiligung des BICC am jährlichen Friedensgutachten	seit 1999	Buchveröffentlichung siehe www.friedensgutachten.de
Beratung		
Global Militarization Index (GMI) sowie Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte	seit Mai 2002	GMI, Datenbanken und Länderberichte mit Grunddaten zu Rüstung, Militär, Sicherheit, Menschenrechten und Regierungsführung in 170 Ländern, siehe www.ruestungsexport.info
Beratung im Themenfeld Ressourcen und Konflikte	seit November 2010	z.B. Beratung der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) zum Ressourcenmanagement in Sierra Leone



Unterstützung und Kapazitätenbildung für den Umgang mit Kleinwaffen- und Munitionslagern und -überschüssen im Südsudan	ab Mai 2011	in Zusammenarbeit mit dem Southern Sudan Bureau for Community Security and Small Arms Control (SSBCSSAC), gefördert vom Auswärtigen Amt
Beratung des Hochkommissariats für Wiedereingliederung in Kolumbien	bis Oktober 2010	Unterstützung des Demobilisierungs- und Reintegrationsprozesses in Kolumbien durch die Beratung der zuständigen Regierungsbehörde im Auftrag der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ; heute: GIZ)
Kleinwaffen-Survey in der Demokratischen Republik Kongo	bis November 2010	Erhebung und Auswertung in Zusammenarbeit mit GRIP, Belgien, im Auftrag des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP)
Diasporavertreter in zentralen Regierungsfunktionen in zerbrechlichen Staaten	bis Februar 2010	Studie für die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Kapazitätenaufbau (Capacity Building)

Unterstützung für Abrüstung, Demobilisierung und Reintegration (DD&R) im Südsudan (Kapazitätenaufbau-Komponente)	seit Oktober 2009	in Zusammenarbeit mit der Southern Sudan DDR Commission (SSDDRC) im Auftrag der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
Zahlen und Fakten zu Krieg und Frieden – Interaktives Online-Portal	seit Juli 2010	Konzeption, Entwicklung und Implementierung im Auftrag der Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) – siehe: http://sicherheitspolitik.bpb.de
Trainingsveranstaltung zu „Protection of Civilians in Peace Operations“	Januar – März 2010	Durchführung in Zusammenarbeit mit dem United Nations Institute for Training and Research (UNITAR)
Mitarbeit im Netzwerk Fatal Transactions (FT), Lobby- und Bildungsarbeit zum Thema Ressourcen und Konflikte	seit Januar 2007	wissenschaftliche Unterstützung, Veranstaltungen, Website, PR-Arbeit, Ausstellungen, Expertengespräche – siehe www.bicc.de/fataltransactions/
Rohstoffe für eine gerechte Welt – Fotoausstellung	seit April 2008	Beitrag zur entwicklungspolitischen Bildung, gefördert durch das Hilfswerk der katholischen Kirche MISEREOR, siehe www.rohstoffgerechtigkeit.de



Das Internationale Kuratorium im April 2011:

1. Dr. Sverre Lodgaard (Norwegen), Vorsitzender des Internationalen Kuratoriums, eh. Direktor des Norwegischen Instituts für Internationale Politik (NUPI)
2. Dr. Hans Blix (Schweden), eh. Direktor der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO)
3. Prof. Dr. Janos Bogardi (Deutschland), Geschäftsführer, International Project Office, Global Water System Project (GWSP)
4. Botschafter Jayantha Dhanapala (Sri Lanka), Präsident, Pugwash Conferences on Science and World Affairs
5. Dr. Monika Hauser (Deutschland), Gründerin und Geschäftsführendes Vorstandsmitglied von medica mondiale e.V.
6. Prof. Dr. Wolfram Hilz (Deutschland), Professor für Politische Wissenschaft, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
7. Botschafter Bethuel Kiplagat (Kenia), Geschäftsführer des Africa Peace Forum (APFO)
8. Dr. Carlos Lopes (Schweiz), Direktor, United Nations Institute for Training and Research (UNITAR)
9. Dr. Ulla Mikota (Deutschland), Direktorin Entwicklung im ISAF-Regionalkommando Nord und Deutsche Entwicklungsbeauftragte in Nord-Afghanistan, c/o GIZ Mazar e Sharif
10. Botschafter Herbert Salber (Österreich), Direktor des Konfliktverhütungszentrums, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)
11. Dr. Dan Smith (Großbritannien), Generalsekretär von International Alert
12. Dr. Michael Stückradt (Deutschland), eh. Staatssekretär im Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen (jetzt Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen)
13. Botschafter Dr. Theodor Winkler (Schweiz), Direktor, Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF)

Wirtschaftliche Entwicklung

Die Finanzen der GmbH basieren auf zwei Säulen: Das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) unterstützt das Konversionszentrum als Hauptgesellschafter mit einer Hauptzuwendung. Diese ermöglicht es im Rahmen des sogenannten Drittgeschäftes, Aufträge und Förderungen anderer Geldgeber zu akquirieren, die das gesamte Spektrum der BICC-Aufgaben abdecken.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 2010 war sehr positiv. Nach dem wirtschaftlich sehr schwierigen Jahr 2009 galt es im Jahr 2010 eine Umstrukturierung mit deutlichen Einsparungen umzusetzen. Gleichzeitig musste sichergestellt werden, dass diese Einsparungen möglichst produktiv im Bereich der Projekte und der inhaltlichen Arbeit insgesamt wirken konnten.

Dies ist sehr gut gelungen. Die Betriebsaufwendungen konnten um insgesamt mehr als 120.000 Euro gesenkt werden. Gleichzeitig profitierte die inhaltliche Arbeit von der Umstrukturierung. Die Leistung aus drittmittel-finanzierten Projekten stieg um mehr als 135.000 Euro (16,8 Prozent). Hierbei konnte ein guter Mix aus Forschungs- und dienstleistungsorientierten Vorhaben sichergestellt werden.

Aus dieser positiven Trendwende resultiert der Ausweis eines positiven Jahresergebnisses in Höhe von fast 88.000 Euro.

Durch die Entwicklung der Jahre 2009/ 2010 hat das BICC den notwendigen Handlungsspielraum erhalten, um weiter nachhaltig seine Aufgaben erfüllen zu können.

Hierbei hilft auch die Zielvereinbarung, die mit dem Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen geschlossen wurde und die dem Zentrum bis einschließlich 2012 einen festen Mindestbetrag als Zuwendung garantiert. Als Anreiz für die Mittelakquisition ist ferner ein zusätzliches erfolgsabhängiges Leistungsplus vorgesehen. Als Erfolgsindikator dient nicht nur die Höhe der akquirierten Drittmittel sondern auch deren Herkunft. Gemäß der internationalen Ausrichtung des Hauses schlagen internationale Projektmittel besonders posi-



tiv zu Buche. Im Jahr 2010 konnte das BICC die Zielvorgaben voll erreichen und wird das Leistungsplus voll vereinnahmen können.

Michael Dedek

Auszug aus dem BICC Gesellschaftsvertrag:

„Die Gesellschaft befasst sich auf der Grundlage von anwendungsorientierter Wissenschaft und Forschung mit den durch die Konversion entstehenden Fragen und Problemen und stellt die Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung.

Konversion zielt im Prozess einer umfassenden Transformation auf eine Verminderung bzw. Verhinderung der Vorbereitung, Androhung oder Anwendung von militärischer oder kriegerischer Gewalt in allen ihren Erscheinungsformen und soll auch als

praktische Umsetzung von Abrüstung die Umstellung optimieren.

Zweck der Gesellschaft ist die

- Förderung von Wissenschaft und Forschung,
- Förderung des Völkerverständigungsgedankens,
- Förderung der Entwicklungszusammenarbeit.“

Die BICC GmbH ist als gemeinnützig anerkannt und verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010

Ist 2010

Umsatzerlöse		
a) Hauptzuwendung des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes NRW		998.760,00
b) Projekteinnahmen aus abgeschlossenen Projekten		1.150.292,77
c) Kostenerstattungen und sonstige Einnahmen		22.971,44
		2.172.024,21
Betandsveränderung bei unfertigen Projekten (HfA)		-241.892,99
Sonstige betriebliche Erträge		43.143,31
	Betriebsleistung	1.973.274,53
Materialaufwand in Projekten		368.320,47
Personalaufwand		1.190.798,39
Planmäßige Abschreibungen		29.465,16
Übrige Betriebsaufwendungen (Raumkosten etc.)		297.211,01
	Betriebsaufwendungen	1.885.795,03
Finanzergebnis		405,72
	Geschäftsergebnis = Jahresüberschuss	87.885,22

Der GMI – Ein „Frühwarnsystem“ für die Politik?

Zum zweiten Mal veröffentlichte das BICC seinen Globalen Militarisierungsindex (GMI). Der GMI 2011 untersucht nicht nur die Militarisierungsgrade weltweit, sondern er dokumentiert erstmals auch die Entwicklung seit 1990. Die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) geförderte Studie dient der Bewertung der Entwicklungsorientierung von Staaten und der Analyse der regionalen Militarisierung. Der GMI 2011 zeigt auf, dass der Nahe und Mittlere Osten am höchsten militarisiert sind.

Der GMI des BICC stellt nicht nur dar, wie viele Mittel in das Militär eines Staates fließen. Er definiert den Militarisierungsgrad eines Landes auch dadurch, wie sich die staatliche Mittelverteilung an das Militär zum Bruttoinlandsprodukt oder zu anderen gesellschaftlichen Bereichen wie z.B. der medizinischen Versorgung verhält.¹

Im Jahr 2009² belegen **Israel** (865 Punkte), **Singapur** (843 Punkte), **Syrien** (796 Punkte), **Jordanien** (779 Punkte), **Russland** (777 Punkte), **Südkorea** (748 Punkte), **Zypern** (738 Punkte), **Griechenland** (736 Punkte), **Kuwait** (736 Punkte) und **Weißrussland** (731 Punkte) die ersten zehn Plätze des GMI.

Dass sich mit Israel, Syrien, Jordanien und Kuwait vier Länder des Nahen und Mittleren Ostens unter den Top 10 befinden, verweist auf die hohe Militarisierung dieser konfliktreichen Region, die zu ihrer weiteren Instabilität beiträgt. Weitere sieben Länder der Region und Nordafrikas befinden sich 2009 unter den ersten 20 Ländern mit den höchsten Militarisierungsgraden: **Libyen** (Platz 12), **Oman** (Platz 13), **Bahrain** (Platz 14), **Saudi Arabien** (Platz 15), **Vereinigte Arabische Emirate** (Platz 16), **Irak** (Platz 17) und **Algerien** (Platz 18). Die konstant hohe Militarisierung nicht nur Israels, sondern auch anderer Länder der Region kann nicht nur auf gegenseitige Bedrohungsperzeptionen zurückgeführt werden. Sie verweist vielmehr auch auf die immense politische

Rolle des Militärs, das in den gesellschaftlichen Veränderungen Arabiens eine entscheidende Rolle spielt. Bei Fragen der internationalen und Entwicklungszusammenarbeit, beim Rüstungsexport oder der Militärhilfe – nicht nur mit diesen Ländern – könnte der GMI der Politik als „Frühwarnsystem“ dienen, das Militarisierungsprozesse in verschiedenen Staaten aufzeigt.

Militarisierung in verschiedenen Weltregionen

In den einzelnen Regionen lassen sich verschiedene Entwicklungen der Militarisierung beobachten. In **Europa** existiert ein deutliches Gefälle. **Weißrussland** (2009: Platz 10), **Bulgarien** (2009: Platz 19) und die **Ukraine** (2009: Platz 25) etwa weisen hohe Militarisierungsgrade auf.

Griechenland (1990: Rang 10, 2000: Rang 10, 2009: Rang 8) und **Zypern** (1990: Platz 3, 2000: Platz 5, 2009: Platz 7) halten sich sogar seit 1990 konstant unter den Top 10. Athen wendet seit Jahren gemessen am BIP die höchsten finanziellen Ressourcen für sein Militär innerhalb Europas und auch der EU auf. Treibender Faktor hierfür ist der andauernde Konflikt mit dem Nachbarland und NATO-Partner Türkei (2009: Rang 24), der in Griechenland bestimmte Bedrohungsperzeptionen auslöst. Diese hohen Militärausgaben, die in der Vergangenheit auch für umfangreiche Rüstungsgeschäfte verwendet wurden, könnten eine der Ursachen der Wirtschafts- und Finanzkrise sein.

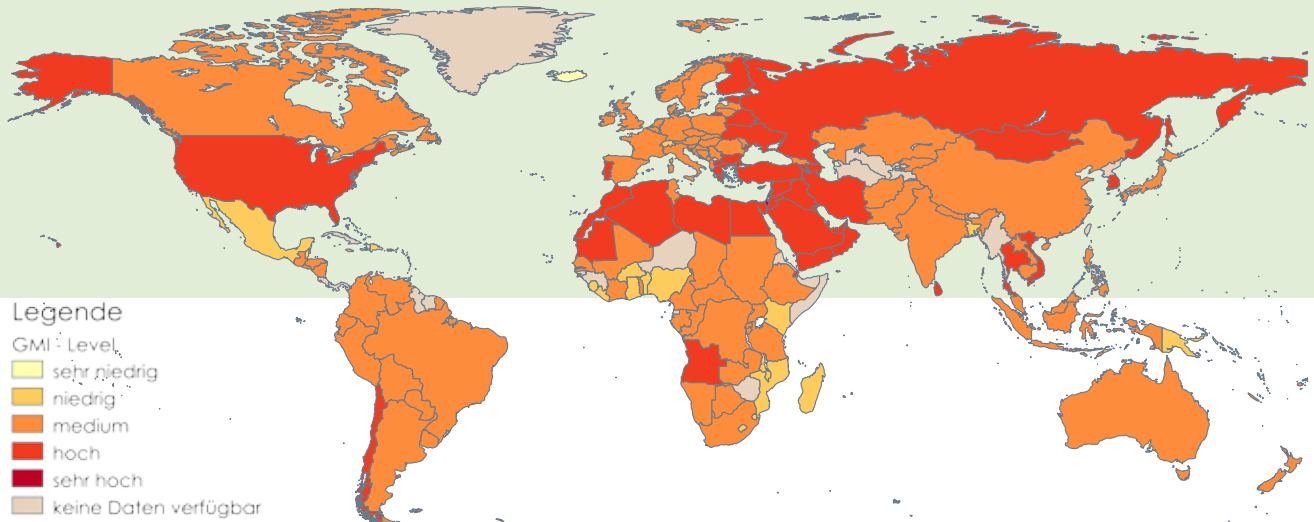
Der Militarisierungsgrad **Deutschlands** ist seit der Wiedervereinigung 1991 mehr oder weniger gleichmäßig von Platz 36 auf Platz 86 im Jahr 2007 gesunken. 2009 lag er mit Platz 81 im Weltmaßstab weiterhin im mittleren Bereich.

Selbst zwanzig Jahre nach Ende der Blockkonfrontation wird deutlich, dass **Russland** (2009: Rang 5) im Verhältnis zur Gesellschaft mehr Ressourcen für den Militärsektor aufwendet als die **USA** (2009: Rang 35), auch wenn das absolute Verteidigungsbudget der USA deutlich höher ist als das Russlands. Was diese Zahl angeht, liegen die USA laut SIPRI-Jahrbuch 2009 mit 663 Milliarden US-Dollar und einem Anteil von 43 Prozent der globalen Rüstungsausgaben nach wie vor an der Weltspitze.

¹ Der GMI stützt sich u.a. auf Zahlen des Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI, des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltgesundheitsorganisation (WHO), des International Institutes for Strategic Studies (IISS) und des BICC. Das Ranking zeigt die Militarisierung von 161 Staaten seit 1990. Er wird jährlich durch das BICC aktualisiert.

² Das letzte Jahr, für das aktuelle Daten zur Zeit der Veröffentlichung des GMI 2011 vorlagen (Februar 2011).

Der Globale Militarisierungsindex (GMI)



In **Lateinamerika** sind vor dem Hintergrund des drohenden Rüstungswettlaufs und vieler ungelöster (Grenz-)Konflikte über Jahre hinweg vergleichsweise hohe Militarisierungsgrade zu beobachten. Die **asiatische Region** hingegen weist eine hohe Heterogenität der Militarisierungsgrade auf. Einerseits droht die Rivalität zwischen China und Indien um regionalen Einfluss die Militarisierungsgrade beider Länder ansteigen zu lassen. Andererseits sind Konfliktländer wie Sri Lanka, Thailand oder Indonesien sehr unterschiedlich militarisiert.

Deutliche Zuwächse in den Militärausgaben sind bei **Schwellenländern** und Ländern mit besonders großem Wirtschaftswachstum erkennbar. Hohe Wachstumsraten brachten dort umfangreiche finanzielle Ressourcen hervor, die auch – aber nicht überwiegend – im Militärssektor investiert wurden. Die Militärausgaben **Brasiliens** sind zwischen 2000 und 2009 um 38 Prozent, **Indiens** um 67 Prozent und **Chinas** um 216 Prozent gestiegen. Ein Teil dieser Ausgaben floss in umfassende Modernisierungsprogramme der jeweiligen Streitkräfte. Dennoch haben sich sowohl der Anteil der Militärausgaben am BIP als auch die Gesundheitsausgaben in diesen Staaten nur geringfügig verändert. Bei Brasilien (1990: Platz 66, 2000; Platz 79, 2009: Platz 76) liegt die Militarisierung bei tendenziell leichtem Rückgang konstant im mittleren Bereich, bei Indien (1990: Platz 79, 2000; Platz 87, 2009: Platz 79) mit Tendenz zum Anstieg ebenfalls. Chinas Bild (1990: Platz 67, 2000; Platz 94, 2009: Platz 88) ähnelt dem Brasiliens.

Höchste und niedrigste Militarisierungsgrade: eine differenzierte Betrachtung ist notwendig

Es scheint auf den ersten Blick paradox, dass viele afrikanische Länder wie etwa **Madagaskar** (bewaffneter Konflikt seit 2002, 2009: Platz 133), **Demokratische Republik Kongo** (Kriegsbeginn Ost-Kongo 2005, 2009: Platz 112), **Zentralafrikanische Republik** (Kriegsbeginn 2006, 2009: Platz 116) und **Nigeria** (bewaffneter Konflikt seit 2004, 2009: Platz 135) zwar von bewaffneten Auseinandersetzungen betroffen waren bzw. sind,

dabei jedoch niedrige Militarisierungsgrade aufweisen.

Ein nur schwach oder gar nicht funktionierender Sicherheitssektor kann Gewalt und Konflikte, die die Bevölkerung und deren Entwicklung nachhaltig beeinträchtigen, nicht verhindern. Die Folge sind häufig fragile und schwache Staaten, in denen sich wirtschaftliches Wachstum und Entwicklung nicht entfalten können. Unter den 40 Staaten mit den niedrigsten Militarisierungsgraden befinden sich elf Staaten, die laut dem *Failed State Index* zur Kategorie der am wenigsten stabilen Staaten gehören. Betrachtet man zusätzlich noch die Kategorie, in der jene Staaten gelistet sind, deren Stabilität gefährdet ist, wird deutlich, dass 30 der 40 Länder mit dem niedrigsten Militarisierungsgrad deutliche Merkmale schwacher und fragiler Staatlichkeit aufweisen.

Um die notwendige differenzierte Einschätzung von Militarisierungsgraden und deren Auswirkungen auf Entwicklung zu erreichen, bietet der GMI – besonders in Verbindung mit anderen Indices wie dem *Human Development Index* oder dem *Global Peace Index* – eine fundierte Datenbasis.

Susanne Heinke

Projekttitle:	Globaler Militarisierungsindex (GMI)
Laufzeit:	seit Mai 2009
Gefördert durch:	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Projektleitung:	Jan Grebe
Projektmitarbeit:	Marc von Boemcken, Jan Hartmann, Vera Klöttchen, Alexander Strunck, Lars Wirkus
Publikationen:	s. Publikationsliste
www.bicc.de/our-work/gmi.html	

Militarisierung, Menschenrechte, Sicherheit – Länderportraits von Empfängern deutscher Rüstungsexporte

Wer Aufschluss über die Situation in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte sucht, wird auf der Webseite www.ruestungsexport.info fündig. Dort sind nicht nur für 170 Staaten eine Eingruppierung nach dem Rüstungsexportverhaltenskodex der EU verfügbar, sondern auch 21 detaillierte Länderportraits zu Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte zu lesen. Dieser Informationsdienst, der vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert wird, erleichtert eine fundierte Bewertung, wie sich deutsche Rüstungsexporte auf die Sicherheitssituation auswirken, und verbessert die Informationsbasis in der Diskussion um deutsche Rüstungsexporte.

Anfang 2011 hat sich die politische Lage in Nordafrika erheblich zugespitzt.¹ Der Globale Militarisierungsindex (GMI) 2011² des BICC zeigt auf, dass die Staaten in der Region des Nahen und Mittleren Ostens schon seit geraumer Zeit Spitzenplätze bei den Militarisierungsgraden einnehmen (s. Seite 12 BICC-Jahresbericht 2010/2011), während viele nordafrikanische Länder immerhin im oberen Drittel rangieren. Die auf www.ruestungsexport.info abrufbaren Länderberichte, die Grunddaten zu Rüstung, Militär und Sicherheit aber auch Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in wichtigen Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte aufbereiten und darstellen, können ein wichtiges Instrument bei Entscheidungen i.B. auf Rüstungsexporte und zur Einschätzung der Sicherheitssituation in den entsprechenden Staaten sein. Im Folgenden werden die wichtigsten Bewertungen der Länderberichte zu Ägypten, Libyen, Marokko und Tunesien (zuletzt aktualisiert im Jahr 2010)³ zusammengefasst.

¹ Die UN-Resolution zum militärischen Eingreifen in Form der Einrichtung einer Flugverbotszone und gezielter Luftschläge datiert vom 18. März 2011. Der Redaktionsschluss dieses Artikels war der 23. März 2011, so dass weitere Entwicklungen in Libyen und der Region nicht berücksichtigt werden konnten.

² Der GMI 2011 basiert auf Zahlen von 2009 als letztem Jahr, für das aktuelle Daten vorlagen.

³ Mitte 2011 werden diese Länderberichte erneut aktualisiert.

Ägypten

Ägypten weist gravierende Menschenrechtsprobleme und Defizite im Bereich der guten Regierungsführung auf. Aktuell stellen die internen Konflikte vor Ausbruch der ägyptischen Revolution und letztlich auch die Absetzung Hosni Mubaraks große Herausforderungen an die interne Stabilität dar. Mit dem 28. Rang des GMI belegt das Land einen Platz im oberen Drittel der am höchsten militarisierten Staaten der Welt. Gelegen in einer konflikträchtigen Region, verfolgt Ägypten seit Jahren einen proamerikanischen Kurs, der sich auch in der engen Militärkooperation zwischen Ägypten und den USA äußert. Bei den Demonstrationen und dem erfolgreichen Sturz von Präsident Mubarak wurde die dominante und einflussreiche politisch-gesellschaftliche Rolle des Militärs deutlich, das nun häufig als Hüter der einst von ihm geschaffenen Republik auftritt. Angesichts der jüngsten politischen Veränderungen bleibt abzuwarten, welche innen- und außenpolitische Rolle das gut ausgerüstete und trainierte Militär einnehmen wird.

Ägypten ist traditionell eines der Empfängerländer deutscher Rüstungstechnologie und in Ausnahmefällen auch von Waffensystemen gewesen. In der Vergangenheit wurden u.a. deutsch-französische Alpha Jet-Kampfflugzeuge sowie das Übungsflugzeug Grob 115EG sowie ältere Raketenschnellboote Combatante-2 geliefert. Aus Deutschland wurden darüber hinaus Dieselmotoren und Radareinrichtungen importiert.

Libyen

Das Gaddafi-Regime ist weit von einer guten Regierungsführung entfernt. Grundlegende Menschenrechte werden nicht beachtet. Mit dem 12. Rang auf dem GMI verzeichnet das Land einen sehr hohen Militarisierungsgrad, der die Präferenz des Militärs bei der Mittelverteilung gegenüber anderen gesellschaftlichen Sektoren verdeutlicht. Mit militärischer Stärke hat Gaddafi auch versucht seine außenpolitische Führungsrolle in Afrika und der arabischen Welt zu erweitern bzw. zu untermauern. Die jahrelangen Sanktionen hatten das Militär und dessen Ausstattung zwar modernisierungsbedürftig gemacht. Doch die zeit-



weilige Aufhebung der Sanktionen und eine Öffnung nach Westen führten schnell zu einer Zunahme der Rüstungsimporte, etwa im Bereich der Luftwaffe. Teil der militärischen Stärke sind Rüstungsgüter aus europäischen Staaten, die seit einigen Jahren verstärkt mit dem Regime in Tripolis Geschäfte machen und weiterhin in Konkurrenz um große Rüstungsgeschäfte stehen. Im Rahmen einer 2007 verkündeten militärischen Kooperation zwischen Frankreich und Libyen exportierte eine EADS-Tochter Milan-Panzerabwehrraketen im Wert von ca. 170 Millionen Euro sowie Geräte zur Nachrüstung von Kommunikationsnetzen im Wert von 130 Millionen Euro nach Tripolis. Außerdem haben beide Staaten ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung von Atomenergie unterzeichnet. Deutschland erteilte 2009 Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter in Höhe von 53,1 Mio. Euro an das arabische Land und lieferte u.a. Gefechtsfeldüberwachungsradaranlagen und Kommunikationsausrüstung für die Kriegsführung.⁴

Marokko

In Marokko richteten sich die Proteste gegen das Königshaus. Trotz interner wie externer Konflikte mit Algerien und in der Westsahara sowie Defiziten bei guter Regierungsführung, ist derzeit nicht davon auszugehen, dass das Königshaus ernsthaft in Gefahr ist. Gestützt wird es von dem überwiegend loyalen Militär, das eine wichtige und dominante Rolle in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft einnimmt. Der 26. Rang auf dem GMI verdeutlicht, dass auch in Marokko den Streitkräften verhältnismäßig viele Ressourcen zur Verfügung stehen, die dringend zur Stimulierung des wirtschaftlichen Wachstums gebraucht würden. Die innenpolitische Lage ist wegen hoher Grundnahrungsmittelpreise sowie der Perspektiv- und Arbeitslosigkeit vieler Jugendlicher angespannt. Das Königshaus, das auch von der Gendarmerie gestützt wird, hat bereits politische und wirtschaftliche Reformen zugesichert.

Die Waffensysteme der marokkanischen Streitkräfte sind zum überwiegenden Teil US-amerikanischer und französischer Bauart. Einzige bemerkenswerte Ausnahme sind 100 T-72 Kampfpanzer, die 1999/2000 aus

Weißrussland geliefert wurden. Die Bedeutung deutscher Rüstungsexporte nach Marokko ist bisher vergleichsweise gering.

Tunesien

Tunesien gilt als der Auslöser der Protestwelle in Nordafrika, nachdem die Bevölkerung den ehemaligen Präsidenten Ben Ali entmachtet hat. Lange Zeit wurden Menschenrechte von ihm missachtet und fehlende politische Reformen verhinderten gute Regierungsführung. Der gestürzte Präsident hatte ursprünglich als General und Geheimdienstchef beim Militär Karriere gemacht, dennoch scheint der Einfluss der Streitkräfte auf sein Regime relativ gering gewesen zu sein. Der 85. Rang auf dem GMI verdeutlicht, dass Tunesien eines der wenigen Länder in der Region ist, das einen moderaten Militarisierungsgrad vorzuweisen hat. Im Kampf gegen den Terror stellt das Militär einen wichtigen Verbündeten der USA und der EU dar und konzentriert sich primär auf die Bekämpfung von islamistischen Bestrebungen im Inneren. Neben den USA ist Deutschland der wichtigste Rüstungslieferant Tunesiens.

Jan Grebe

Projekttitle:	Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte
Laufzeit:	seit Mai 2002
Gefördert durch:	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Projektleitung:	Jan Grebe
Projektmitarbeit:	Marc von Boemcken
Publikationen:	s. Publikationsliste
www.ruestungsexport.info	

⁴ GKKE-Rüstungsexportbericht 2010

Kommerzielle Sicherheit in Postkonfliktgesellschaften: Timor-Leste und Liberia

In vielen Ländern des Südens ist Sicherheit eine bezahlte Dienstleistung. Das heißt, nicht staatliches Militär oder Polizei sorgen für Sicherheit im öffentlichen Leben, sondern private Security-Firmen. Doch wie wirkt sich diese Kommerzialisierung auf die Entwicklungsbemühungen der Länder aus? Gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat das BICC bislang Feldforschung zum privaten Sicherheitsgewerbe in Timor-Leste und Liberia durchgeführt.

Die kommerzielle Bereitstellung von Sicherheitsleistungen nimmt weltweit zu. Vor allem urbane Räume zeichnen sich häufig durch die Allgegenwart privater Sicherheitsfirmen aus. Ihre Wachen patrouillieren durch Straßen und Einkaufszentren, transportieren Wertgegenstände, schützen gefährdete Personen, regeln den Zugang zu Gebäuden und Plätzen. Sicherheit ist damit immer weniger ein „öffentliches Gut“. Sie wird stattdessen eine Ware, die nach den Regeln des Marktes produziert, getauscht und konsumiert wird.

Verfügbare Zahlen zum privaten Sicherheitsgewerbe legen nahe, dass die Kommerzialisierung von Sicherheit in vielen armen bzw. sogenannten „fragilen“ Gesellschaften des Südens ganz besonders ausgeprägt ist. Wo der Staat zu schwach ist, ein effektives Gewaltmonopol durchzusetzen, floriert der Handel mit der Ware Sicherheit. Nicht selten kommen hier auf einen staatlichen Polizisten zehn oder mehr private Wachleute. Oft ist das private Sicherheitsgewerbe die am schnellsten wachsende oder sogar größte Wirtschaftsbranche des gesamten Landes.

Es gibt kaum Erkenntnisse zu den gesellschaftspolitischen Auswirkungen kommerzieller Sicherheitsproduktion in fragilen Staaten. Genau hier setzt das BICC Projekt an. Es fragt, welche Bedeutung Sicherheitsfirmen in diesen Ländern zukommt, und inwiefern diese Unternehmen dazu beitragen, Entwicklungsbemühungen entweder zu unterstützen oder zu behindern.

Private Sicherheit und Sicherheitssektorreform in Timor-Leste und Liberia

Gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat das BICC bislang Feldforschung zum privaten Sicherheits-

gewerbe in Timor-Leste und Liberia durchgeführt – zwei Staaten, die sich noch immer von den Folgen kürzlich zurückliegender Kriege erholen. Im Zuge des Wiederaufbaus haben Missionen der Vereinten Nationen (UN) über die letzten Jahre in beiden Ländern den Sicherheitsapparat aufwendig neustrukturiert.

Diese „Sicherheitssektorreform“ (SSR) Programme haben sich bisher ausschließlich auf den staatlichen Militär- und Polizeiapparat beschränkt. Entsprechend stecken Bemühungen, das private Sicherheitsgewerbe einer funktionierenden staatlichen Kontrolle zu unterwerfen, noch in den Kinderschuhen.

Obwohl der SSR-Prozess bereits seit vier Jahren läuft, hat die Regierung von Timor-Leste erst Ende 2010 damit begonnen, mit Unterstützung der UN und der Europäischen Union einen ersten Gesetzentwurf zu entwickeln, der die Aktivitäten privater Sicherheitsfirmen regulieren soll. In Liberia gibt es auf dem Papier zwar einige rudimentäre Vorschriften für das Sicherheitsgewerbe. Das für die Kontrolle der Branche zuständige Justizministerium verfügt jedoch nicht über die nötigen Ressourcen, diese auch effektiv durchzusetzen. Die für SSR zuständige UN-Mission in Liberia hat sich bisher nicht des Themas kommerzielle Sicherheit angenommen.

Die Vernachlässigung des privaten Sicherheitsgewerbes in den SSR-Prozessen ist umso erstaunlicher, als der Umfang kommerzieller Sicherheitsproduktion in beiden Ländern beträchtlich ist. In Timor-Leste arbeiten etwa 6.500 Menschen, meist Männer, als private Wachleute. Sicherheitsfirmen sind damit die größten Arbeitgeber des gesamten Landes. Zum Vergleich: es gibt nur etwas über 3.000 Polizeibeamte. Noch größer ist der Abstand in Liberia. Geschätzten 30.000 privaten Wachen stehen hier nur etwa 3.500 Polizisten gegenüber.

Chancen ...

Aus entwicklungspolitischer Perspektive birgt das Sicherheitsgewerbe sowohl Chancen als auch Risiken.

- Viele Nachkriegsgesellschaften leiden unter hoher Arbeitslosigkeit. Dies erschwert nicht zuletzt



die Wiedereingliederung von Soldaten in die Zivilgesellschaft. Sicherheitsfirmen schaffen hier dringend benötigte Arbeitsplätze. Im Kontext eines Demobilisierungs- und Reintegrationsprozesses können sie freiwerdende Arbeitskräfte absorbieren. Tatsächlich sind viele der privaten Wachleute in Liberia ehemalige Kombattanten.

- Gerade in einer von anhaltender Unsicherheit geprägten Nachkriegszeit wird die Bereitstellung privater Sicherheitsleistungen oft als Voraussetzung für die Wiederaufnahme wirtschaftlicher Investitionen und Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) wahrgenommen. Die größten Kunden von Sicherheitsfirmen sowohl in Timor-Leste als auch in Liberia sind internationale Organisationen, allen voran die UN, sowie EZ Akteure und transnationale Unternehmen, meist aus der Extraktionsindustrie.
- Kommerzielle Sicherheitsproduktion kann auch einen möglichen Beitrag zur Verbesserung öffentlicher Sicherheit leisten. In Timor-Leste und Liberia werden Sicherheitsfirmen gemeinhin als eine wichtige, wenn auch indirekte Unterstützung der Polizei wahrgenommen. Private Wachen sind in beiden Ländern nicht mit Schusswaffen ausgestattet. Beobachtet eine Wache eine kriminelle Handlung, so verständigt sie in der Regel die Behörden. Allerdings ist die Kooperation zwischen öffentlichen und privaten Sicherheitsanbietern nur in Ansätzen formalisiert. Vor allem in Liberia gelingt es der Polizei nicht, das volle Potenzial einer engeren Zusammenarbeit mit Sicherheitsfirmen zum eigenen Nutzen auszuschöpfen.

... und Risiken

Auf der anderen Seite muss die Kommerzialisierung von Sicherheitsleistungen in Timor-Leste und Liberia auch kritisch betrachtet werden.

- Die Kommerzialisierung von Sicherheit kann einen Prozess anreizen, der zu Lasten der Armen in der Gesellschaft geht. Während die Reichen immer sicherer werden, nimmt die Unsicherheit in den weniger wohlhabenden Schichten zu. Sozioökonomische Ungleichheit wird somit weiter potenziert, die gesamtgesellschaftliche Stabilität sinkt.

Gerade in Post-Konflikt-Gesellschaften könnte eine derartige Dynamik verheerende Konsequenzen haben.

- Ein weiteres Problem stellt die Abhängigkeit eines großen Teils der lokalen Wirtschaft von der Präsenz internationaler Organisationen dar. Sobald sich die UN-Missionen aus Timor-Leste und Liberia zurückgezogen haben, wird das Sicherheitsgewerbe seine wichtigsten Kunden verlieren. Die Folge wäre ein rasanter Anstieg der Arbeitslosigkeit, welcher die durch den Abbau der UN-Missionen ohnehin schon prekäre Sicherheitslage weiter verschlimmern könnte.
- Die Rolle des privaten Sicherheitsgewerbes als Motor sozioökonomischer Entwicklung wird durch die extrem ausbeuterischen Arbeitsbedingungen in diesem Sektor erheblich relativiert. Wachleute, die bei Sicherheitsfirmen angestellt sind, verdienen in Timor-Leste und Liberia häufig kaum genug Geld, um damit ihre Familien zu ernähren. Sozialleistungen, wie Krankenversicherungen oder Renten- und Urlaubsansprüche, gibt es nicht. Arbeitskämpfe im privaten Sicherheitsgewerbe sind in beiden Ländern an der Tagesordnung. Insbesondere hier ist der Staat gefordert, sinnvolle Vorschriften zu entwickeln und durchzusetzen.

Das BICC wird in Kürze eine längere Studie zum privaten Sicherheitsgewerbe in Timor-Leste, Liberia und Peru veröffentlichen.

Marc von Boemcken

Projekttitle:	Kommerzialisierung von Sicherheitsproduktion in Entwicklungsländern
Laufzeit:	seit August 2009
Gefördert durch:	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Projektleitung:	Marc von Boemcken
Projektmitarbeit:	Dr. Michael Ashkenazi, Clara Schmitz-Pranghe
Publikationen:	s. Publikationsliste

Der Demobilisierungs- und Reintegrationsprozess im Südsudan gewinnt an Bedeutung

Im Januar 2011 entschied ein Referendum über die staatliche Unabhängigkeit des Südsudan. Viele Fragen, etwa zur Grenzziehung oder der Verteilung der Öleinnahmen, sind noch nicht gelöst. Für eine friedliche Zukunft im Südsudan wird aber auch der weitere Verlauf der Entwaffnung, Demobilisierung und sozio-ökonomischen Reintegration von ehemaligen Kämpferinnen und Kämpfern von großer Bedeutung sein. Bereits seit zwei Jahren begleitet das BICC diesen Prozess im Auftrag des Auswärtigen Amtes und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) durch die Entsendung eines Langzeitexperten als Berater der Südsudanesischen Kommission für Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration (Southern Sudan Disarmament, Demobilization and Reintegration Commission – SSDDRC).

Ziel ist es, bis zu 150.000 Ex-Kombattanten in den Prozess von Entwaffnung, Demobilisierung und sozio-ökonomischen Reintegration (DD&R) einzubeziehen. Bis Ende Januar 2011 sind im Südsudan gut 11.000 Kämpfer und der Armee angeschlossene Frauen demobilisiert worden. Für diese Menschen, die nun offiziell Zivilisten sind, beginnt eine Reintegrationsphase, in der sie in unterschiedlichen Berufen ausgebildet werden sollen.

Vom Kombattanten zum Markthändler

Einer von ihnen ist der 43-jährige Paul Pita Moga, ein Ex-Kombattant, der am Reintegrationsprogramm der GIZ-IS (Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit – International Services) im Südsudan teilnimmt. Paul kann weder lesen noch schreiben. Was er jedoch Jahrzehnte lang gelernt hat, ist der Umgang mit der Waffe, die ihm half, seinen Lebensunterhalt zu sichern. Nachdem er diese vor einem Jahr abgegeben hatte, begann seine Suche nach wirtschaftlichen Alternativen, um seine 14 Kinder und zwei Frauen zu ernähren. Als sich Moga im Juni 2010 für die Reintegration registrierte, wurden ihm 100 Sudanesisches Pfund – etwa 30 Euro – ausbezahlt, mit denen die Kosten für Anfahrt, Unterkunft und Verpflegung bis zu Beginn des Trainings gedeckt werden sollten. Doch anstatt nur darauf zu warten, nahm Paul in der Zwischenzeit sein Schicksal in die eigene Hand. Mit einem Teil des Geldes eröffnete er sein eigenes kleines „Geschäft“ und schaffte

es in nur einem Monat, durch den Verkauf von Obst und Gemüse auf dem Markt zusätzlich Geld zu erwirtschaften.

Im Reintegrationsprogramm gilt Paul nun als gutes Beispiel für andere. Er ermutigt seine „Mitschüler“ als Klassensprecher, aus eigener Kraft ein Einkommen jenseits der Waffe zu erwirtschaften. „Mit meinen Einnahmen kann ich nun endlich meine zwei ältesten Söhne zur Schule schicken“, lässt Paul voller Stolz verlauten. Motiviert durch seinen Erfolg sucht er mittlerweile nach Möglichkeiten, sein „Geschäft“ zu erweitern. Sein Traum ist es, von der Stadtverwaltung einen festen Standplatz auf dem Gabadh-Markt in Juba zugebilligt zu bekommen.

DD&R-Prozesse verlaufen dynamisch

DD&R-Prozesse vollziehen sich niemals wie auf dem Reißbrett. Veränderungen in den Nachkonfliktregionen oder Erfahrungen, die in ihrer Laufzeit gemacht werden, müssen stets neu und flexibel in das Design des Vorhabens einfließen und es prägen.

Im Jahr 2010 nahm die Demobilisierung und Reintegration wirklich Fahrt auf. Die Regierung des Südsudan (GoSS), ihre Partner und andere *Stakeholder* stellten fest, dass der gewählte Ansatz Anpassungen notwendig machte. Dieser Prozess ist in vollem Gange und wurde insbesondere durch die Ausrichtung einer DD&R Review Konferenz Ende des letzten Jahres durch die SSDDRC in Zusammenarbeit mit dem BICC vorangetrieben. Diese wichtige Veranstaltung wurde vom Vize-Präsidenten des Südsudan, Dr. Riek Machar Teny, eröffnet und geleitet.

Doch auch das gesamtpolitische Umfeld war für den Südsudan im letzten Jahr alles andere als statisch. So herrschte vor dem Referendum eine Art politischer Schwebezustand, in dem beide Seiten – Juba und Khartoum – nicht wussten, was passieren würde. Wird es wieder Krieg geben, wird es überhaupt zu Wahlen und Referendum kommen? Wird die Einheit des Landes bewahrt oder kommt es zur Spaltung? Diese Unsicherheit wirkte sich auch eher bremsend auf die Reform des Sicherheitssektors aus.



Das Referendum beschloss schließlich die Abspaltung des Südens vom Norden. Es ist zu erwarten, dass sich die staatliche Unabhängigkeit des Südsudan positiv auf den DD&R-Prozess auswirken und so auch die Bedingungen für seine zweite Phase schaffen wird. In seiner ersten Phase werden besondere Gruppen demobilisiert und reintegriert, die bereits die Armee verlassen hatten, aber noch Gehälter von der Armee bekamen. Die kommende zweite Phase wird den DD&R-Prozess für mehrere Zehntausend der momentan aktiven Armeeangehörigen öffnen. Ihre zivile Ausbildung soll möglicherweise schon beginnen, bevor sie offiziell demobilisiert wurden.

Die nachhaltige sozioökonomische Reintegration von schätzungsweise bis zu 150.000 Menschen hängt zwar stark von den ökonomischen Bedingungen im Südsudan ab. Aber auch die Berücksichtigung der psychosozialen Probleme der Ex-Kombattantinnen und -Kombattanten, zu denen z.B. Schwierigkeiten bei der Aggressionskontrolle gehören, ist für ihren Erfolg entscheidend. Eine Expertin hat für das BICC eine entsprechende Analyse angefertigt, deren Ergebnisse in die Durchführung des DD&R-Prozesses einfließen sollen. Vorgesehen ist etwa eine verstärkte individuelle Betreuung der Ex-Kombattantinnen und -Kombattanten durch die Angehörige der DD&R-Kommission im Südsudan. Die individuelle Reintegration soll wiederum durch ökonomische Wiederaufbaumaßnahmen flankiert werden, die auch die aufnehmenden Gemeinden mit einbezieht.

Umfassende Beratung beim DD&R-Prozess und des Sicherheitssektors

Der Schwerpunkt der Tätigkeit des BICC Langzeitexperten im Südsudan wird fortgesetzt darauf liegen, die vorhandenen Fähigkeiten der Kommissionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter zu stärken. Er wird weiterhin den Leiter der Kommission begleiten und fachlich beraten. Außerdem wird er Ansprechpartner sowohl der deutschen Botschaft in Khartum/Juba als auch der Kreditanstalt für Wiederaufbau bei der Bewertung des DD&R-Prozesses sein.

Das BICC wird 2011 auch ein Projekt des Auswärtigen Amtes durchführen, das Grundlagen für die verantwortungsvolle Lagerung von Kleinwaffen und Munition von Armee und Polizei legen soll. Partner vor Ort wird das Büro für Gemeindesicherheit und Kleinwaffenkontrolle sein. Diese Zusammenarbeit soll längerfristig dazu beitragen, die Probleme durch Kleinwaffen in den Gemeinden zu verringern. Eine verbesserte Sicherheitssituation dort wird letztlich auch den Ex-Kombattantinnen und Kombattanten, die sich dort niederlassen, zugute kommen.

Marius Kahl

Projekttitle:	Unterstützung für Abrüstung, Demobilisierung und Reintegration (DD&R) Südsudan (Kapazitätsaufbau-Komponente)
Laufzeit:	seit Oktober 2009
Gefördert durch:	Auswärtiges Amt und Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
Projektleitung:	Wolf-Christian Paes
Projektmitarbeit:	Marius Kahl
Publikationen:	s. Publikationsliste

Diamanten und Entwicklung – Beratung in Sierra Leone

Wie können Diamanten Entwicklung und Frieden fördern? Zwei BICC-Berater reisten im Dezember 2010 im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) nach Sierra Leone. Vor Ort sollten sie Unterstützung leisten, für den Kimberley Prozess zur Zertifizierung von Diamanten eine Sensibilisierungs- und Kommunikationsstrategie zu entwickeln. Ein weiteres Ziel war, Ansatzpunkte für eine mögliche Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands mit Sierra Leone zu identifizieren.

Was ist der Wert eines Diamanten? Die Antwort hängt vom Standpunkt ab. Aus der Perspektive eines Konsumenten mag ein Diamant prachtvolles Symbol für ewige Liebe und deshalb mehrere Tausend US-Dollar wert sein. Für die meisten Menschen, die in Sierra Leone nach Rohdiamanten graben, bedeutet er eine Tasse Reis oder ein paar US-Dollars am Tag sowie die verzweifelte Hoffnung auf den großen Fund – die sich in den flachen, alluvialen¹ Diamantenfeldern des Landes allerdings immer seltener erfüllt.

In den 1990er Jahren standen Diamanten in Sierra Leone für Chaos und Bürgerkrieg. Dank des Kimberley Prozesses und seines Zertifizierungssystems, das den Handel mit Konfliktdiamanten verhindert, bringen Diamanten der Regierung von Sierra Leone heute viel ein. Die Erlöse aus dem Verkauf von Rohdiamanten stiegen seit Ende des Bürgerkrieges jährlich von fast Null auf über 100 Millionen US-Dollar und zwar dadurch, dass nun große Mengen an Rohdiamanten auf legale Weise ausgeführt und nicht mehr am Zoll vorbeigeschmuggelt werden. Auf diese Weise können die Edelsteine endlich zur Entwicklung des Landes beitragen – allerdings bisher nur in relativ geringem Maße, da die Diamantenerlöse bloß ca. drei Prozent aller Staatseinnahmen ausmachen. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit setzt hier mit ihrem Programm zur technischen Zusammenarbeit „Regionale Governance natürlicher Ressourcen in West Afrika“ an. Es soll helfen, die Bedingungen dafür zu verbessern, dass die Entwicklung des Landes in Zukunft mehr vom extraktiven Sektor profitieren kann.

¹ Alluviale Diamanten sammeln sich im Sediment in der Nähe von Flüssen an. Hier werden sie mit einfachen Werkzeugen mühsam aus dem Schlamm gesiebt.

Dies ist umso wichtiger, als der Fortschritt durch den Kimberley Prozess und seine positiven Auswirkungen auf die Staatseinnahmen keineswegs gesichert sind. Denn es ist sehr aufwändig, die internationale Vermarktungskette im Land zu überwachen. Abgesehen von Koidu Holdings Ltd, die industriellen Diamantenabbau in zwei Kimberlitschloten in Koidu Town und Tongo Fields betreibt, und einer Handvoll kleinerer Unternehmen werden die meisten Diamanten durch Kleinschürfer und Kleinförderer aus im wesentlichen alluvialen Vorkommen gewonnen. Damit alle Diamanten in der legalen Handelskette verbleiben und ihre Rückverfolgbarkeit einfacher wird, sind nachhaltige Anstrengungen nicht nur seitens der Regierung, sondern auch den beteiligten Händlern und Lizenznehmern notwendig.

Der Kimberley Prozess

Das Kimberley Prozess Zertifizierungssystem verpflichtet Staaten einerseits zu innerstaatlicher Kontrolle und andererseits sicherzustellen, dass jeder Ausfuhr von Rohdiamanten ein anerkanntes Zertifikat beiliegt. Damit wird dafür gesorgt, dass die Diamanten, die in den internationalen Handel kommen, keine Konfliktdiamanten sind. Überwacht wird die Einhaltung der Verpflichtung zusätzlich von einem internationalen Gremium des Kimberley Prozesses.

Im Mai 2000 fand im südafrikanischen Kimberley die erste Konferenz Diamanten fördernder Staaten statt, die sich die Eindämmung des Handels von Konfliktdiamanten zum Ziel setzten. Anlass gab insbesondere der Bürgerkrieg in Angola, in dem Konfliktdiamanten der Rebellenbewegung als wertvolles Tauschgut gegen Kriegsmaterial dienten.

Ausdrücklich begrüßt von UN-Generalversammlung und -Sicherheitsrat, wurde dann zwei Jahre später der Zertifizierungsprozess beschlossen und in Gang gesetzt. Mittlerweile zählt das Kimberley Prozess Zertifizierungssystem 74 Mitgliedstaaten, darunter alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.



Entwicklung einer Sensibilisierungsstrategie

Obwohl der Kimberley Prozess in Sierra Leone so außerordentlich wichtig ist, weiß die Mehrheit der Bevölkerung – einschließlich der Diamantenschürfer und der Lizenznehmer – nur wenig über ihn. Aus diesem Grund wurde von der Regierungsbehörde für Gold und Diamanten (Government Gold and Diamond Office, GGDO) eine Sensibilisierungs- und Kommunikationsstrategie über den Kimberley Prozess in Sierra Leone angeregt. Mit Unterstützung von BICC-Beratern veranstaltete die damalige GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) zwei partizipative Workshops in Freetown und der Diamantenregion Kenema. Teilnehmer waren Vertreterinnen und Vertreter des Ministeriums für mineralische Rohstoffe und politische Angelegenheiten, der GGDO, der Ermittlungsbehörde der Polizei, die für die Edelsteinüberwachung verantwortlich ist, der Einwanderungsbehörde, des Nationalen Sicherheitsdienst sowie der Vereinigung der Diamantenhändler in Kenema. Als direkt an der Diamantenförderung Beteiligte kamen Minenüberwachungsbeamte, unabhängige Diamantenberater und -händler, Kleinschürfer, Vertreter der Gewerkschaft United Mines Workers Union und der Koidu Holdings S.A. zu Wort. Darüber hinaus waren zahlreiche NGOs wie Frauenorganisationen, zivilgesellschaftliche Gruppen wie das Network Movement for Justice and Development (NMJD) und die Campaign for Just Mining sowie die National Advocacy Coalition on the Extractives (NACE) aber auch Gemeinderäte, traditionelle *chiefs* und Medienvertreter eingeladen.

Der Workshop beschäftigte sich u.a. mit den neuen Regelungen des 2009 in Sierra Leone verabschiedeten *Mines and Minerals Act*, mit der Umsetzung des Kimberley Prozesses in der Manu River Union, einer zwischenstaatlichen Wirtschaftsorganisation, der auch Sierra Leone angehört, sowie dem grenzübergreifenden Schmuggel. Hervorgehoben wurde die Notwendigkeit, eine Statistik über Diamantenförderung zur Ergänzung der Exportstatistik einzuführen und die Entwicklungsfonds für Gemeinden in Schürfgebieten besser zu nutzen. Weitere Themen waren Probleme der Beamten, die überwachen sollen, wie viel von wem gehandelt wird, sowie die Frage, wie Gemeinden, in

denen Diamanten abgebaut werden, an Überwachungsverfahren beteiligt werden können. Schließlich ging es noch um die Registrierung und Lizenzierung von Kleinschürfern.

Der Workshop kam überein, dass sich eine Sensibilisierungsstrategie an alle am Diamantensektor in Sierra Leone Beteiligten wenden und ein Programm beinhalten solle, das die Gemeinden nicht nur über den Kimberley Prozess informiert, sondern sie auch bei der Beurteilung von möglichen Hindernissen mit einbezieht. Auch sollen Gemeinden zukünftig von dem Diamantenabbau direkt profitieren. Damit wäre ein großer Schritt in Richtung einer sinnvolleren Verwendung der Erlöse aus dem Verkauf von Diamanten getan.

Eine weitere Herausforderung, die benannt wurde, war die Formalisierung des Diamantensektors. Denn viele Diamantenschürfer sind noch immer nicht registriert, und auch der Umfang ihrer Ausbeute ist, je nach Förderungsart, nur schwer zu überwachen. Hier sind vor allem die staatlichen Behörden gefragt, die administrativen Hürden für die Registrierung zu senken und mit den Diamantenschürfern in Dialog zu treten, um mögliche weitere Hindernisse zu bewältigen.

Marie Müller

Projekttitel:	Beratung zum regionalen Rohstoffmanagement in Sierra Leone und Nachbarstaaten
Laufzeit:	seit November 2010
Gefördert durch:	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)
Projektleitung:	Marie Müller
Projektmitarbeit:	Lena Guesnet
Publikationen:	s. Publikationsliste

Gesellschaftliche Folgen der Arbeitsmigration in Zentralasien – Pilotstudie Tadschikistan

Seit der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Staaten infolge des Zusammenbruchs der UdSSR hat sich ihre wirtschaftliche Situation erheblich verschlechtert. Die Folge ist anhaltende Arbeitsmigration aus Usbekistan, Kirgisistan und Tadschikistan nach Russland und Kasachstan. Dieser Trend hält auch ungeachtet der Einschnitte infolge der globalen Wirtschaftskrise an. Gefördert von der Gerda-Henkel-Stiftung führt das BICC eine Pilotstudie durch, die die mittel- und langfristigen Auswirkungen der Arbeitsmigration auf die gesellschaftliche Entwicklung und Stabilität in Tadschikistan untersucht.

In Anbetracht der wirtschaftlich prekären Situation in den drei zentralasiatischen Staaten Tadschikistan, Kirgisistan und Usbekistan spielt die Arbeitsmigration nach Russland und Kasachstan bei der Bewältigung von Arbeitslosigkeit, Rezession und den anhaltend hohen Armutsraten insbesondere in der ländlichen Bevölkerung eine zentrale Rolle. Auf der individuellen Ebene stellt sie eine Strategie zur Einkommensgenerierung für den Familienverbund dar und bietet eine Perspektive zur Verbesserung der Lebensbedingungen. Auf der staatlichen Ebene verringert sie zumindest temporär den Handlungsdruck auf die relevanten Akteure, insbesondere hinsichtlich der Notwendigkeit, Arbeitsplätze zu schaffen und in die unzureichend vorhandenen sozialen Sicherungs- und Bildungssysteme zu investieren. In den Zielländern schließen die Arbeitsmigranten wichtige Lücken vor allem im Bau- und Energiesektor.

Im Hinblick auf die ökonomische Widerstandsfähigkeit und soziale Stabilität fungiert Arbeitsmigration in Zentralasien somit wie in anderen Regionen auch als Ventil. Die Zahl der Arbeitsmigranten aus Tadschikistan stieg auf schätzungsweise 600.000 bis 1,5 Millionen Personen, in Kirgisistan auf 500.000 bis eine Million und in Usbekistan auf etwa zwei Millionen. Die jährlich von den Migranten geleisteten Zahlungen (*Remittances*) in ihre Herkunftsländer machten in Tadschikistan 2008 50¹ Prozent des BIP aus, gefolgt von Kirgisistan mit etwa 28 Prozent.²

¹ Zahlen variieren nach Quellen.

² Zu Usbekistan liegen keine entsprechenden Zahlen vor.

Doch was bedeutet die steigende Abhängigkeit der zentralasiatischen Gesellschaften von der Arbeitsmigration für die mittel- und langfristige Stabilität dieser Staaten? Welche Auswirkungen hat die stetige Auswanderung für die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere in Hinblick auf das demografische Profil der emigrierenden, zumeist jüngeren Bevölkerung? Welche Herausforderungen ergeben sich daraus für die Migranten, ihre familiären und lokalen Gemeinschaften sowie staatliche und nicht staatliche Akteure? Welche Strategien und Ansätze werden verfolgt, um die Chancen der Arbeitsmigration zu nutzen und gleichzeitig mit den sozialen Fragen umzugehen?

Auf Grundlage qualitativer Befragungen mit Experten und betroffenen Migranten bzw. deren Herkunftsgemeinschaften untersucht eine Pilotstudie des BICC das Ausmaß von Arbeitsmigration in Tadschikistan und fragt nach ihren Konsequenzen für die sozioökonomische Stabilität und neuen Ansätzen zur Gestaltung der Migration. Ein Teil der Studie, auf den im Folgenden eingegangen wird, widmet sich auf Grundlage qualitativer Erhebungen den staatlichen und nicht staatlichen Strategien in Tadschikistan, mit denen nationale und externe Akteure auf die globale Krise und ihre Folgen reagiert haben. Sie untersucht, welche Maßnahmen bereits greifen oder sich noch in der Planung befinden. Ein weiterer Fokus der Forschung wird auf der Rolle transnationaler Migrantennetzwerke und deren Interventions- und Handlungsspielräumen für die Gestaltung der Migration (Rechtsschutz, Qualifizierung und Interessenvertretung von Arbeitsmigranten) im Herkunfts- und Aufnahmeland liegen.

Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise

Im Kontext der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise prognostizierten zahlreiche Studien einen Rückgang der *Remittance*-Zahlungen bei gleichzeitig steigender Remigration aus Russland und Kasachstan infolge von Arbeitsplatzverlust. Sie sahen deshalb schwerwiegende Folgen für die gesellschaftliche Stabilität in den drei zentralasiatischen Staaten voraus.



Erste Erhebungen der Weltbank sowie nationaler Institutionen belegen indes, dass die Mehrzahl der Arbeitsmigranten angesichts der noch schlechteren wirtschaftlichen Situation in ihren Herkunftsstaaten in Kasachstan und Russland geblieben und auf schlechter bezahlte oder irreguläre Arbeitsverhältnisse ausgewichen ist. Eine massenhafte Rückkehr von Arbeitsmigranten fand demnach nicht statt. Auch die *Remittances* haben sich nach dem drastischen Einbruch in den ersten drei Quartalen 2009 seit Anfang 2010 wieder deutlich erholt und betragen für Tadschikistan 2010 2,29 Milliarden US-Dollar (Tajik National Bank, 2011).

Doch auch wenn die prognostizierten Folgen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise für die Arbeitsmigration nicht im erwarteten Umfang eingetreten sind – die hohe und einseitige gesellschaftliche Abhängigkeit mancher zentralasiatischer Staaten von der Arbeitsmigration ist unbestreitbar. Zugleich gilt es, die oft prekäre Situation der Arbeitsmigranten in den Zieländern, allen voran Russland, zu berücksichtigen.

Die zentralasiatischen Regierungen reagierten zunächst sehr verhalten und zögernd auf die sich abzeichnende wirtschaftliche Verschlechterung bzw. die seinerzeit erwartete Rückkehr von Arbeitsmigranten. In Tadschikistan bemüht sich die Regierung in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen in den vergangenen Monaten jedoch intensiver als zuvor um eine bessere Regulierung und Steuerung der Arbeitsmigration. Derzeit wird ein neuer Migrationsdienst in der Zuständigkeit des Präsidenten aufgebaut. Parallel dazu wird in Zusammenarbeit mit der Weltbank, der IOM (International Organisation for Migration) und anderen Gebern eine neue nationale Strategie zur Arbeitsmigration bis 2020 erarbeitet, die ein Konzept aus dem Jahr 2001 ersetzen soll. In erster Linie soll sie eine stärkere Regulierung und Diversifizierung der Arbeitsmigration sowie die bessere Vorbereitung und Qualifizierung der Migranten gewährleisten.

Gesellschaftliche Diskussion Pro und Contra Arbeitsmigration

Umstritten bei all dem ist die Bewertung bzw. der Stellenwert, der der Arbeitsmigration grundsätzlich beigegeben wird. Während ein Teil der Akteure sie als

wichtiges Instrument zur Einkommensgenerierung bewertet und ihre Förderung durch flankierende Ausbildungs- und Rechtsschutzmaßnahmen befürwortet, weisen andere auf die langfristigen gesellschaftlichen Risiken hin. Die Beschäftigung im Ausland sei nur als temporäres Mittel, nicht jedoch als dauerhafte Strategie zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme in Tadschikistan anzusehen. Demzufolge müsse der Schwerpunkt auf der Förderung des inländischen Arbeitsmarktes sowie der Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen liegen.

Die Meinungen hinsichtlich der Bewertung von Arbeitsmigration und der nächsten Schritte gehen sowohl innerhalb der Regierung als auch bei den externen Akteuren und beteiligten zivilgesellschaftlichen Organisationen weit auseinander. Unverkennbar ist jedoch schon jetzt, dass die im Zuge der Wirtschaftskrise offensichtlich gewordenen Herausforderungen der Arbeitsmigration nicht nur unter den staatlichen und nicht staatlichen Institutionen, sondern auch in der tadschikischen Zivilgesellschaft eine breitere Diskussion angeregt haben. Der notwendige Schutz der Arbeitsmigranten im Ausland aber auch die Risiken einer einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit durch die Abwanderung nach Russland nehmen darin den größten Raum ein.

Andrea Warnecke

Projekttitle:	(Re-)Migration in Zentralasien und Implikationen für die Regimestabilität in zentralasiatischen Staaten
Laufzeit:	seit Oktober 2010
Gefördert durch:	Gerda-Henkel-Stiftung, Düsseldorf
Projektleitung:	Andrea Warnecke
Projektmitarbeit:	Felicia Scheliga
Publikationen:	s. Publikationsliste

Integration umfasst Wertschätzung von Diversität

Im Auftrag der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen (SUE), der nordrhein-westfälischen Landesregierung sowie der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) hat das BICC 2010 die Studie „Migration – Integration – Entwicklung. Afrikanische Migrantenorganisationen in Nordrhein-Westfalen“ durchgeführt. BICC-brief 44 dient zum besserem Verständnis der Organisationsformen und -zwecke afrikanischer Migrantenorganisationen, ihrer Potenziale in den Feldern Entwicklung und Integration sowie der Bedingungen für ihre Realisierung. Eberhard Neugebohm, Geschäftsführer der SUE, im Interview.

Wie können staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure in Nordrhein-Westfalen das Potenzial von afrikanischen Migrantenorganisationen im Rahmen von Integrationsprozessen unterstützen? Welches Verständnis von „Integration“ liegt dem zugrunde?

Um mit letzterem anzufangen: Der Integrationsbegriff ist ja nicht unumstritten. Es geht dabei in meinem Verständnis um die Konstituierung von Gesellschaftlichkeit unter Teilhabe der eingewanderten Menschen. Unterschiedliche Menschen und Menschengruppen bringen verschiedene Talente, Fähigkeiten und Potenziale in das gesellschaftliche Gefüge ein. Ein wohlverstandener Integrationsbegriff geht von einer Wertschätzung von Diversität aus. Voraussetzung ist aber, dass man den Menschen die Möglichkeit geben muss, ihre je spezifische Kultur und Lebensweise zu realisieren. Außerdem muss klar sein, dass Integration in diesem Sinne nicht einfach eine Anpassungsleistung der Immigranten ist, sondern in gleichem Maße eine Leistung der aufnehmenden Gesellschaft.

Zum ersten Teil der Frage: Ich gehe zunächst einmal davon aus, dass Migrantenorganisationen überwiegend wertvolle Beiträge zur Integration ihrer jeweiligen *Communities* leisten. Sie beginnen damit, dass die Organisationen ihren Leuten allein mit ihren Treffpunkten und Zusammenkünften ein Stück Existenzsicherheit geben, in denen diese ihre Herkunftssprachen sprechen können. Häufig wirken die Organisationen auch als Selbsthilfegruppen, deren Mitglieder sich bei allen möglichen praktischen Fragen des Lebens hier gegenseitig unterstützen – von der Bedie-

nung eines Fahrkartenautomaten bis zum Behörden-gang. Schließlich richten sich viele dieser Organisationen auch aktiv an die sie umgebende Gesellschaft und bemühen sich z.B. durch Informationen, Veranstaltungen oder Bildungsarbeit um die Herstellung von Beziehungen zur Mehrheitsgesellschaft. Oft wirken sie auch als Interessenvertretung ihrer Mitglieder gegenüber hiesigen Institutionen und anderen Akteuren, etwa, wenn es um die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen ihres Herkunftslandes geht.

Bei all diesen Bemühungen können wir die Migrantenorganisationen unterstützen und mit ihnen zusammenarbeiten. Der Kern der Sache ist aber, dass wir sie zur Kenntnis nehmen, uns für sie interessieren, neugierig auf sie sind, gesellschaftliche Beziehungen zu ihnen aufnehmen und sie einladen, in den vielfältigen gesellschaftlichen Prozessen des sozialen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Lebens ihren Platz zu finden, was immer das jeweils praktisch heißt.

Die Studie belegt, dass Migrantenorganisationen nicht nur zivilgesellschaftlich im Residenzland NRW, sondern auch entwicklungspolitisch in Bezug auf die Herkunftsländer agieren. Was halten Sie in diesem Zusammenhang für die wichtigsten Beiträge der Migrantenorganisationen?

Ich bin überzeugt, dass eine gute Integration in unsere Gesellschaft eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass die Migrantenorganisationen bedeutende Beiträge zur Entwicklung ihrer Herkunftsländer leisten. Gut ausgebildete Menschen, die etwas in ihren Herkunftsländern oder in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Zusammenarbeit mit ihren Herkunftsländern auf die Beine stellen wollen, sind, denke ich, langfristig und strategisch überaus wichtige Entwicklungsfaktoren. Selbstverständlich leisten schlecht integrierte Arbeitsmigranten und auch solche ohne Papiere mit ihren inzwischen berühmten *Remittances* große Beiträge zur Bekämpfung der Armut in ihren Herkunftsländern, und vielfach werden von diesen Rücküberweisungen auch kleine Unternehmen gegründet. Dabei spielen die Migrantenorganisationen aber meistens keine große Rolle. Wichtiger scheinen mir die zuvor genannten Entwicklungsbeiträge zu sein.



Was kann die Politik tun, um gerade dieses entwicklungspolitische Potenzial zu unterstützen?

Oftmals stehen die rechtlichen Rahmenbedingungen der Realisierung dieses Potenzials im Wege. Da kann sicher vieles erleichtert werden. Ein Beispiel sind angemessene Visaregelungen, die ein unkompliziertes Aus- und Wiedereinreisen ermöglichen. Ein anderes Beispiel ist die umfangreichere Anerkennung von Schul- und Ausbildungsabschlüssen, die Einwanderer in ihren Herkunftsländern erworben haben. Daneben können Förderlinien ausgebaut werden, die die entwicklungspolitische Arbeit der Migrantenorganisationen unterstützen. In bescheidenem Umfang gibt es solche Fördermöglichkeiten heute bereits bei der GIZ. Die Politik kann auch mehr dafür tun, dass Wirtschaftsunternehmen stärker bereit sind, Migranten zu beschäftigen, etwa durch Fördermittel. Ein wichtiges Feld ist auch, in Kooperation mit Migrantenorganisationen dazu beizutragen, dass Studierende aus Entwicklungsländern hier besser klar kommen und weniger häufig ihr Studium abbrechen.

Die Zusammenarbeit von Kommunen und Ländern mit Migrantenorganisationen bewegt sich ja gewissermaßen an der Schnittstelle von Integration und Internationaler Zusammenarbeit. Welche konkreten Beispiele machen Mut?

Es gibt in NRW eine gewisse Bereitschaft, die Migrantenorganisationen zu fragen, sie einzubeziehen in Landesaktivitäten und ihnen auch Verantwortung zuzugestehen in der praktischen Integrationsarbeit und der internationalen Zusammenarbeit. Im Rahmen der Partnerschaft des Landes mit Ghana gibt es etwa das Ghana-Forum als Zusammenschluss verschiedener Nichtregierungsorganisationen und Institutionen und das Ghana-Council als eigenen Zusammenschluss der ghanaischen Migrantenorganisationen. Das Land hat in bescheidenem Umfang Finanzmittel bereitgestellt, um diese Strukturen zu stützen. Deren Wirkung ist aber durchaus noch steigerungsfähig.

Auf der kommunalen Ebene gibt es in Nordrhein-Westfalen viele Beispiele, in denen Migrantenorganisationen Teil lokaler Dachverbandsstrukturen sind und mit Nichtregierungsorganisationen, deren Mitglieder

überwiegend aus der Mehrheitsgesellschaft stammen, regelmäßig zusammenarbeiten. Beispiele dafür sind etwa das „Nord-Süd-Forum“ Düsseldorf, das „Forum für Umwelt und gerechte Entwicklung“ in Hamm oder auch die lokalen Zentren wie das „Welthaus Bielefeld“, das „Welthaus Aachen“, das „Allerwelthaus“ in Köln, das „Allerwelthaus Hagen“ oder – jetzt ganz neu – das „Migrapolis“ in Bonn. In vielen Kommunen gibt es eine – in der Regel nicht sehr spektakuläre – langsame Entwicklung des Aufbaus von eigenen Strukturen der Migranten und erste Partizipationsansätze in der kommunalen Verwaltung. Deren Wirkung kann man hier und da sicher noch als überwiegend dekorativ bewerten, ich glaube aber dass die zunehmende Teilhabe von Migranten und Migrantenorganisationen insgesamt ein unumkehrbarer Prozess ist, trotz aller Klagen um vermeintlich oder tatsächlich verlorene dritte oder vierte Migrantengenerationen und deren unterdurchschnittliches soziales und Bildungsniveau.

Die Fragen stellte Susanne Heinke

Projekttitel:	Afrikanische Migrantenorganisationen (MO) in Nordrhein-Westfalen – Organisationsformen und Aktivitäten
Laufzeit:	seit Januar 2010
Gefördert durch:	Studie im Auftrag der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen, der nordrhein-westfälischen Landesregierung sowie der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)
Projektleitung:	Andrea Warnecke
Projektmitarbeit:	Ruth Vollmer
Publikationen:	s. Publikationsliste

Truppenabzug trifft Nordrhein-Westfalen doppelt

Entgegen früheren Planungen wird die britische Regierung ihre derzeit in Deutschland stationierten Truppen bereits bis Ende 2020 vollständig abziehen. Kommunen, Bezirksregierungen und die Landesregierung von NRW stehen nun vor der Frage, wie sie den demnächst beginnenden Prozess der zivilen Nachnutzung gestalten. Seit seiner Gründung 1994 ist Konversion in Nordrhein-Westfalen ein Arbeitsschwerpunkt des BICC. Auch bei der anstehenden neuen Konversionsrunde berät es die nordrhein-westfälische Landesregierung.

Der Truppenabzug der Briten trifft NRW besonders hart, fällt er doch mit der Umstrukturierung und Neuausrichtung der Bundeswehr zusammen, deren Stationierungsentscheidung für Mitte 2011 angekündigt ist. Es ist sicher, dass es bei dem geplanten Personalabbau der Bundeswehr von ca. 69.000 Soldaten und ca. 25.000 zivilen Dienstposten auf jeden Fall auch zu weitreichenden Standortverkleinerungen bzw. -schließungen kommen wird.

Von der aktuellen Abzugsentscheidung der Briten werden regional besonders der Niederrhein mit den Standorten in Mönchengladbach und Niederkrüchten sowie Ostwestfalen mit den Standorten in Gütersloh und Sennelager betroffen sein.

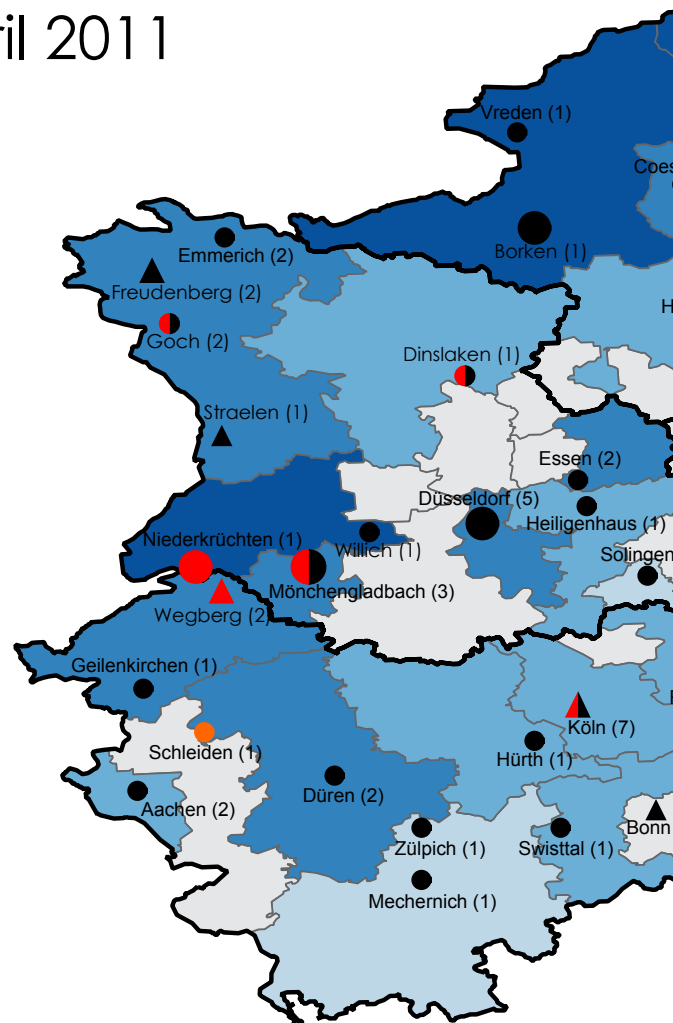
Der Landkreistag NRW und der Städte- und Gemeindebund NRW rufen gemeinsam Bund und Land auf, „die Garnisonskommunen bei der Bewältigung der Truppenreduzierungen durch Ausgleichs- und Konversionsfonds (u.a. aus EU-Mitteln, Städtebauförderung, Umweltprogrammen und regionaler Wirtschaftsförderung) finanziell zu unterstützen sowie die Arbeit regionaler Konversionskonferenzen aktiv zu begleiten.“¹

Die Karte zeigt die aktuell und zukünftig von Konversion betroffenen Städte und Gemeinden in NRW, wie bis zum heutigen Tage bekannt. Sie basiert auf der von NRW.URBAN und BICC gemeinsam entwickelten und betriebenen NRW-Konversionsdatenbank.

Lars Wirkus

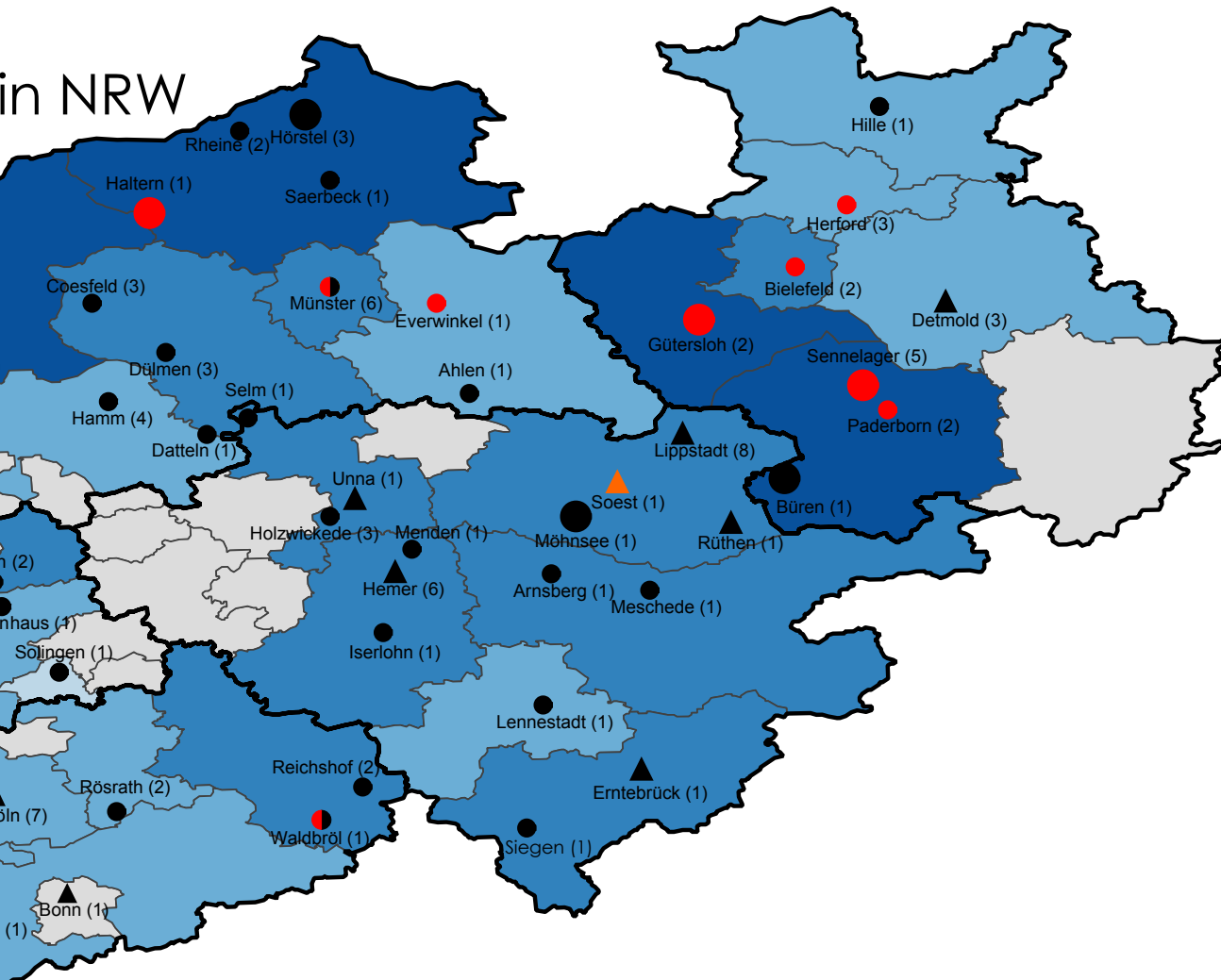
¹ Beschluss der Ausschüsse für Wirtschaft und Verkehr von Landkreistag NRW und Städte- und Gemeindebund NRW am 17.03.2011 in Paderborn.

Konversionskommunen in NRW April 2011



Projekttitle:	Konversion in NRW
Laufzeit:	fortlaufend
Gefördert durch:	Land NRW
In Zusammenarbeit mit:	NRW.URBAN
Projektleitung:	Lars Wirkus
Publikationen:	s. Publikationsliste

in NRW



Legende

- | | |
|----------------------|------------------------------|
| Militärische Flächen | Konversionsstandorte |
| □ < 1 ha | ○ Standorte < 200 ha |
| □ 1 - 40 ha | ○ Standorte > 200 ha |
| □ 40 - 300 ha | △ Flächengröße nicht bekannt |
| □ > 300 ha | ● belgische Standorte |
| | ● britische Standorte |
| | ● deutsche Standorte |

(1) Anzahl der Standorte in einer Kommune

Quelle: Datenbank Konversion Nordrhein-Westfalen, NRW.URBAN und BICC
Geodaten: Kreise DIVA Datensatz, Gemeinden GeoNames

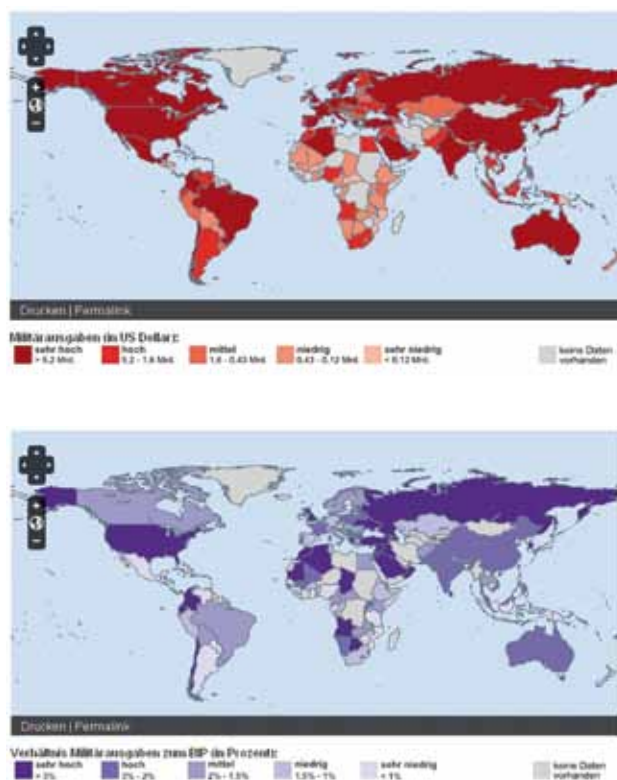
Nur einen Klick entfernt – Informationen und Daten zu Krieg und Frieden

Seien es der Krieg im Nahen Osten, Gewaltkonflikte in gescheiterten Staaten oder die Friedensprozesse auf dem Balkan – das Thema Krieg und Frieden ist allgegenwärtig. Aber um die Zusammenhänge zu verstehen und die politische Diskussion fundiert zu führen braucht es vor allem – Fakten, Fakten, Fakten. Das BICC hat in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) für deren Online-Dienste ein modular aufgebautes Informationsportal zum Themenkomplex Krieg und Frieden entwickelt.

Die Bundeszentrale für politische Bildung „unterstützt alle interessierten Bürgerinnen und Bürger dabei, sich mit Politik zu befassen“ und hat sich die Aufgabe gestellt, „Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken.“ Das BICC wiederum betreibt anwendungsorientierte Forschung, um Frieden, Sicherheit und Entwicklung zu fördern, und will diese Themen „stärker ins Bewusstsein der Menschen rücken“. Die Kooperation dieser beiden – noch dazu in Bonn ansässigen – Institutionen liegt nahe. Denn sie ermöglicht, die internationale Expertise des BICC in allen Bereichen der fachlich wissenschaftlichen Analyse sowie der Aufbereitung der damit verbundenen Daten und Fakten mit dem Auftrag und der Reichweite der bpb zu koppeln. Die Zusammenarbeit begann im Jahr 2010 und hat das ambitionierte Ziel, zum Themenkomplex Krieg und Frieden ein modular aufgebautes Informationsportal für die Online-Dienste der bpb zu schaffen.

Das BICC will dabei für das Online-Portal schrittweise insgesamt neun thematische Module realisieren, um politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Lehrenden und Lernenden, Politik, Medien und Wissenschaft einen bedarfsgerechten, Zielgruppen bezogenen und interaktiven Zugang zu den wichtigsten Daten und Fakten zu Krieg und Frieden im globalen Vergleich zu verschaffen. Die Beta-version des Portals ist seit April 2011 auf der Internetseite <http://sicherheitspolitik.bpb.de> der Bundeszentrale für politische Bildung zu erreichen. Das erste Referenzmodul widmet sich dem Themenspektrum „Militärische Kapazitäten und Mittel“. Das Informationsangebot wird dann zunächst um die drei Module „Gewaltkonflikte und

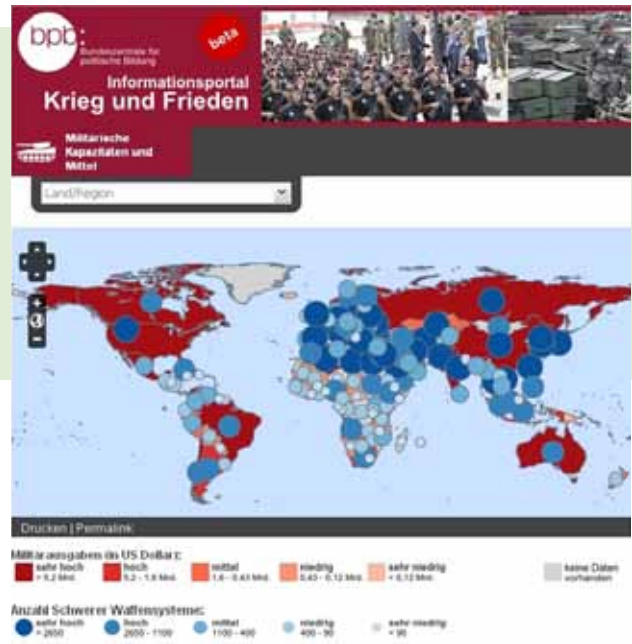
Krieg“, „Frieden und Wiederaufbau“ sowie „Natürliche Ressourcen und Konflikte“ thematisch erweitert werden.



Karten und Fakten für den aktiven Internetnutzer

Das Informationsportal bietet ein ganzes Spektrum unterschiedlicher, größtenteils interaktiver Präsentationsformen. Kernstück ist dabei das WebGIS¹ Element, das in Kombination mit einer relationalen Datenbank eine jahres- und länderbezogene kartographische Aufbereitung und Darstellung unterschiedlichster Daten und Informationen ermöglicht. Über die WebGIS Anwendung werden dem Nutzer modulbezogen auswählbare und sinnvoll kombinierbare Informationsslayer, d.h. interaktive thematische Karten, ange-

¹ WebGIS steht für ein Internet (web) basiertes geographisches Informationssystem (GIS).



boten. Diese Kartenkomponente und ihre Steuerung erlauben es, Daten und Fakten ganz individuell nach Erkenntnisinteresse oder Fragestellung zu kombinieren und entsprechende Ergebnisse bzw. Antworten zu bekommen.

Die interaktiv aufbereiteten Informationen lassen globale Vergleiche zwischen verschiedenen Themenkomplexen zu. Dem aktiven Nutzer veranschaulichen sie Zusammenhänge und fördern seine eigene Reflexion politischer Handlungsoptionen. Dies gilt gleichermaßen für Themenfelder innerhalb eines Moduls als auch für Vergleichsrecherchen zwischen verschiedenen Modulen. Wer sich also etwa für Rüstungsausgaben interessiert, kann im Modul „Militärische Kapazitäten und Mittel“ die entsprechenden Zahlen finden. Wer mehr über den Zusammenhang zwischen Militärausgaben, Gewaltkonflikten und Krieg erfahren möchte, kann dies demnächst mit Hilfe der inhaltlichen Kombination der entsprechenden Module realisieren.

Das Referenzmodul „Militärische Kapazitäten und Mittel“

Welches Land gibt am meisten Geld für Rüstung aus? Wer hat die größte Armee? In welche Länder liefert Deutschland Rüstungsgüter? Und wie viele? Auf diese und ähnliche Fragen liefert die Beta-Version des „Informationsportals Krieg und Frieden“ Antworten.

Das Modul „Militärische Kapazitäten und Mittel“ liefert eine Übersicht an Grundinformationen zu militärischen Ressourcen. Sie ist untergliedert in die Themenfelder *Militärische Ressourcen*, *Militarisierung* und *Waffenhandel*. Mit Hilfe von insgesamt 17 Kartenlayern findet der Benutzer Informationen zu den damit verbundenen menschlichen, finanziellen und materiellen Mitteln – sei es zu den globalen Militärausgaben, zum militärischen Personal oder zur Verbreitung schwerer Waffensysteme im globalen Vergleich. Angeboten werden aber nicht nur Karten und Zahlen, sondern auch informative Texte zu aktuellen Fragen wie Abkommen zur Rüstungskontrolle, zum internationalen Waffenhandel oder Verbreitung von Kleinwaffen.

Weiterführende Links und ein Glossar vervollständigen das Modul und seinen Anspruch, in einem ganz modernen, interaktiven Sinne zur politischen Bildung beizutragen.

Lars Wirkus

- Projekttitle: Zahlen und Fakten zu Krieg und Frieden – Interaktives Online-Portal
- Laufzeit: seit Juli 2010
- Gefördert durch: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)
- Projektleitung: Lars Wirkus
- Projektmitarbeit: Jan Hartmann, Susanne Heinke, Vera Klötttschen, Alexander Strunck
- <http://sicherheitspolitik.bpb.de>

Publikationsliste

Briefs

brief 44. Vollmer, Ruth and Andrea Warnecke. 2011. *Migration – Integration – Entwicklung. Afrikanische Migrantenorganisationen in NRW*. Bonn: BICC, Januar.

brief 43. Isikozlu, Elvan and Ananda S. Millard. 2010. *Towards a Typology of Wartime Rape*. Bonn: BICC, September.

Occasional Papers

Occasional Paper VII. Grebe, Jan. 2011. *Der Globale Militarisierungsindex (GMI). Der Nutzen des GMI zur Bewertung der Entwicklungsorientierung von Staaten und regionaler Militarisierung*. Bonn: BICC, Februar.

Occasional Paper VII. Grebe, Jan. 2011. *The Global Militarization Index (GMI). Use of the GMI for evaluating the development orientation of states and regional militarization*. Bonn: BICC, Februar.

Occasional Paper VI. Koltermann, Felix. 2010. *Der Gaza-Krieg im Bild*. Bonn: BICC, August.

Occasional Paper V. Müller, Marie. 2010. *Revenue transparency to mitigate the resource curse in the Niger Delta?: Potential and reality to NEITI*. Bonn: BICC, Juni.

Bulletins

BICC bulletin, No. 55, January – March 2011
Feature: Nuclear reactor catastrophe in Japan. An Open Letter to the world's environmental ministers. C.G. Weeramantry.

BICC bulletin, No. 54, October – December 2010
Feature: Which are the most urgent, concrete steps on the way to Global Zero? Sverre Lodgaard.

BICC bulletin, No. 53, April – September 2010
Feature: Environmental Migration: Promoting a „no regrets“ approach today. Fabrice Renaud.

Focus

BICC Focus 9
Grebe, Jan und Jerry Sommer. 2010. „Hohe Militärausgaben trotz Finanzkrise“. Bonn: BICC, Juli.

Grebe, Jan und Jerry Sommer. 2010. "High military expenditures despite the financial crisis." Bonn: BICC, September.

Newsletter Fatal Transactions

Newsletter Nr. 7, Februar 2011 (Englisch).

Newsletter Nr. 6, Juli 2010 (Deutsch).

Andere BICC Publikationen

Heinke, Susanne (Hg.). 2010. "Peace on earth?: Initiatives for disarmament, non-violence and dialogue: symposium." Cluster-event in the framework of the 30th Anniversary Conference of the Right Livelihood Award ("Alternative Nobel Prize") "CHANGING-course-reclaiming our future", 16. September in Bonn. Bonn: BICC.

Weitere Veröffentlichungen

Ashkenazi, Michael. 2010. „Der Sudan am Scheideweg“. In Christiane Fröhlich et al. (Hg.) *Friedensgutachten 2010*. Münster: Lit-Verlag.

Boege, Volker. 2011. "Hybrid forms of peace and order on a South Sea island: experiences from Bougainville (Papua New Guinea)." In Audra Mitchell und Oliver Richmond (Hg.). *Hybrid forms of Peace*. Basingstoke: Palgrave (i.E.).

Boege, Volker. 2010. "How to Maintain Peace and Security in a Post-conflict Hybrid Political Order—the Case of Bougainville." *Journal of International Peacekeeping*, Vol. 14 (2010), No. 3-4, S. 330-352.

Boege, Volker und Lorraine Garasu. 2011. "Bougainville. A Source of Inspiration for Conflict Resolution." In Roland Bleiker und Morgan Brigg (Hg.). *Mediating across difference: Oceanic and Asian approaches to*

conflict resolution. Honolulu: University of Hawaii Press, S. 163-182.

Boege, Volker und Daniel M. Franks. 2011. "Re-opening and developing mines in post-conflict settings: The challenges of company-community relations." In P. Lujala and S. A. Rustad (Hg.). *High-Value Resources and Post-Conflict Peacebuilding*. Vol. 1 in *Peacebuilding and Natural Resources*. London: Earthscan.

Boege, Volker, Anne Brown, Kevin Clements und Anna Nolan. 2010. "Challenging Statebuilding as Peacebuilding—Working with Hybrid Political Orders to Build Peace." In Oliver P. Richmond (Hg.). *Palgrave Advances in Peacebuilding. Critical Developments and Approaches*. New York: Palgrave Macmillan, S. 99-115.

Croll, Peter und **Ruth Vollmer**. 2010. „Die Rolle von Migrantenorganisationen in der Integrationsarbeit“. In Die Ausländerbeauftragte des Freistaats Thüringen beim Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit (Hg.). *Die Rolle von Migrantenorganisationen in der Integrationsarbeit* (Schriftenreihe mit Vortragstexten).

Grawert, Elke. 2011 „Neubeginn mit Altlasten“. *Entwicklung und Zusammenarbeit*, 3/2011, S. 130.

Grawert, Elke. 2010 (Hg.). *After the Comprehensive Peace Agreement in Sudan*. Oxford: James Currey.

Grawert, Elke. 2010. "Introduction." In Elke Grawert (Hg.). *After the Comprehensive Peace Agreement in Sudan*. Oxford: James Currey, S. 1-26.

Grawert, Elke. 2010. "Challenges of Sub-regional Peace after the CPA." In Elke Grawert (Hg.). *After the Comprehensive Peace Agreement in Sudan*. Oxford: James Currey, S. 241-261.

Hauswedell, Corinna und Stephan Sielschott (Hg.). 2011. "Partizipation statt Diskriminierung! Zum Integrationsalltag türkeistämmiger MigrantInnen". Dossier 66, *Wissenschaft und Frieden* 1/2011, 20 S.

Heinemann-Grüder, Andreas. 2010. "Ten yardsticks of federal conflict regulation and their application to Russia." *Journal of Communist Studies and Transition Politics*, No. 26, Vol. 2, (Juni) Special Issue, S. 188-211.

Heinemann-Grüder, Andreas. 2010. "Federalism and inter-governmental relations in Russia." *Journal of Communist Studies and Transition Politics*, No. 26, Vol. 2 (Juni), Special Issue, S. 162-305.

Isikozlu, Elvan. 2011. "A Typology of Wartime Rape." *Wissenschaft und Frieden* (Dossier), (i.E).

Kahl, Marius. 2011. *Disarmament, Demobilisation and Reintegration. The challenge of socio-economic Reintegration of ex-combatants after war and the role of the International Financial Institutions (IFIs)*. Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller e.K.

Koltermann, Felix. 2010. „Pressefotografie und Kriegs-Realität: der Gaza-Krieg in FAZ und SZ“. *Wissenschaft und Frieden*, Nr. 28, Vol. 3, S. 50-53.

Kramm, Johanna und **Lars Wirkus**. 2010. *Local water governance: negotiating water access and resolving resource conflicts in Tanzanian irrigation schemes*. Microcon Research Working Paper No. 33. Brighton: Institute of Development Studies, University of Sussex.

Küchle, Hartmut. 2011. „Einflussnahme durch Rüstungsexport. It's about Realpolitik, stupid.“ *European*, 4. Februar.

Millard, Ananda S. 2010. „Entwaffnung und Wiedereingliederung der Paramilitärs in Kolumbien“. In Christiane Fröhlich et al. (Hg.). *Friedensgutachten 2010*. Münster: Lit-Verlag.

Paes, Wolf-Christian. 2010. „Hunde, die bellen, beißen nicht. Alarmstimmung bei Referendum im Sudan“. *European*, 16. Dezember.

Sommer, Jerry. 2011. „Das All als künftiges Gefechtsfeld? Die schleichende Militarisierung des Weltraums“. NDR-Sendung „*Streitkräfte und Strategien*“, 12. Februar, verfügbar unter <<http://www.ndr.de/info/pro>

gramm/sendungen/streitkraefte_und_strategien/streitkraeftesendemanuskript245.pdf>.

Sommer, Jerry. 2010. „Iran-Politik wie unter George W. Bush? Obamas Umgang mit Teherans Atomprogramm“. NDR-Sendung „*Streitkräfte und Strategien*“, 4. Dezember, verfügbar unter <http://www.ndr.de/info/programm/sendungen/streitkraefte_und_strategien/streitkraeftesendemanuskript233.pdf>.

Sommer, Jerry. 2010. „Raketenabwehr für Europa - technisch noch nicht ausgereift, aber trotzdem schon fast beschlossene Sache?“. NDR-Sendung „*Streitkräfte und Strategien*“, 14. August, verfügbar unter <<http://www.ndr.de/info/programm/sendungen/streitkraeftesendemanuskript214.pdf>>.

Sommer, Jerry. 2010. „Chinesische Aufrüstung - Gefahr für die Stabilität in Asien?“. NDR-Sendung „*Streitkräfte und Strategien*“, 19. Juni, verfügbar unter <<http://www.ndr.de/info/programm/sendungen/streitkraeftesendemanuskript206.pdf>>.

Sommer, Jerry und **Jan Grebe**, 2010. „Hochgerüstet in die Pleite“. (Zur Rüstungspolitik Griechenlands). *Tageszeitung*. 8. September. Verfügbar unter <<http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=sw&dig=2010%2F09%2F08%2Fa0074&cHash=866b2fa290>>.

Sommer, Jerry und Paul Schäfer. 2010. „Iran und der Streit um die Atombombe: Zeit für eine Strategiewende“. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 6/2010.

Vollmer, Ruth. 2010. „Wie sicher ist die Sicherheit? Flucht und Migration.“ *afrikapost. Magazin für Politik, Wirtschaft und Kultur*. 2010/4, Dezember, S. 26-28.

von Boemcken, Marc und **Volker Franke.** 2009. "Private Guns: The Social Identity of Security Contractors". *Journal of Conflict Studies*, Vol. 29.

Warnecke, Andrea und **Volker Franke.** 2010. „Sustainable Conflict Transformation. An Analytical Model for Assessing the Contribution of Development Activities to Peacebuilding“. *International Journal of Peace Studies*, No. 15, Vol. 1, S. 74-93.

Warnecke, Andrea, Dennis Tänzler und **Ruth Vollmer.** 2010. "Climate change, migration and conflict: receiving communities under pressure?." Paper. Climate Change and Migration/ Study Team on Climate-Induced Migration. Washington, DC: German Marshall Fund of the United States.

Warnecke, Andrea und **Clara Schmitz-Pranghe.** 2011. „Diasporaengagement für Entwicklung und Frieden. Handlungsspielräume und Kapazitäten der äthiopischen Diaspora in Deutschland“. In Tatjana Baraulina, Axel Kreienbrink und Andrea Riester (Hg.). *Potenziale der Migration zwischen Afrika und Deutschland*. Nürnberg und Eschborn: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit, S. 183-215.

Horst, Cindy, Rojan Ezzati, Matteo Guglielmo, Petra Mezzetti, Päivi Pirkkalainen, Valeria Saggiomo, Giulia Sinatti und **Andrea Warnecke.** 2010. *Facilitating Participation of Diasporas in Peacebuilding and Development. A Handbook for Policymakers and Practitioners*. PRIO Report no. 2/2010, Oslo: PRIO.

Sinatti, Giulia, Rojan Ezzati, Matteo Guglielmo, Cindy Horst, Petra Mezzetti, Päivi Pirkkalainen, Valeria Saggiomo und **Andrea Warnecke.** 2010. *Diasporas as Partners in Conflict Resolution and Peacebuilding*. Policy Paper. The Hague: African Diaspora Policy Centre.

Wulf, Herbert und Tobias Debiel. 2010. "Systemic disconnects: why regional organizations fail to use early warning and response mechanisms." *Global Governance*, No. 16, Vol. 4 (October-December), S. 525-547.

Frieden, Sicherheit und Entwicklung durch anwendungsorientierte Forschung, Beratung und Training

Als unabhängige, gemeinnützige Organisation fördert das BICC Frieden, Sicherheit und Entwicklung.

Die Aufgabe

Durch seine Arbeit will das BICC helfen, gewaltsame Konflikte zu verhindern, und zu ihrer konstruktiven Transformation beitragen.

Abrüstung setzt Mittel frei, die zur Bekämpfung der Armut genutzt werden können. Konversion sorgt dafür, dass diese Ressourcen zielgerichtet umgewidmet und bestmöglich genutzt werden können.

Die Arbeit

Rüstung – Globale Trends, Exporte und Kontrolle: Das BICC untersucht globale Trends bei Verteidigungsausgaben, Streitkräftestärken und Militarisierung, stellt Zusammenhänge zwischen Rüstungsexporten, Entwicklungshilfe und Menschenrechten her und setzt sich für weltweite Rüstungskontrolle ein.

Sicherheit – Akteure, Systeme, Bedrohungen: Das BICC will die Sicherheitspraktiken unterschiedlicher Akteure in verschiedenen regionalen Zusammenhängen verstehen, abbilden und bewerten helfen: Welche Anforderungen gibt es an den staatlichen Sicherheitssektor, u.a. die Streitkräfte, Polizei, Kontrollbehörden, Justiz- und Strafvollzugsorgane? Welche Rolle spielen nicht staatliche Sicherheitsakteure, z.B. private Sicherheitsdienste?

Rohstoffe und Konflikte: Das BICC erforscht den Zusammenhang zwischen Rohstoffen und Konflikten. Das Zentrum macht entwicklungspolitische Lobby- und Bildungsarbeit zu diesem Thema.

Migration, Konflikte und Sicherheit: Das BICC untersucht Zusammenhänge von Migration und Sicherheit und will empirische Daten zu (Un-)sicherheit als Ursache bzw. Konsequenz von freiwilliger und unfreiwilliger Migration erheben.

Liegenschaftskonversion: Das BICC verfügt über 17 Jahre Konversionserfahrung und ist auch international in Sachen Liegenschaftskonversion aktiv.

Die Dienstleistungen

Anwendungsorientierte Forschung (wissenschaftliche Beiträge, Hintergrund- und Evaluationsstudien, *Impact Analysis*, Indikatorenentwicklung, Datenerhebung und -analyse sowie Projektbegleitung und -durchführung).

Beratung (Hintergrundanalysen, Handlungsempfehlungen, Expertenworkshops).

Kapazitätenbildung (*capacity-building*) durch die Ausarbeitung von Konzepten und Modulen für Bildung und Training.

Öffentlichkeitsarbeit (Veröffentlichungen, Konferenzen und Veranstaltungen, Ausstellungen).

Die Auftraggeber und Partner

internationale und UN-Organisationen, Regierungen, internationale und nationale Stiftungen, internationale und nationale wissenschaftliche Einrichtungen, internationale und nationale Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Bundesländer und -ministerien.

Die Organisation

Auf Grundlage von anwendungsorientierter Forschung leistet das BICC Beratungstätigkeit, gibt politische Empfehlungen und bildet aus. Der internationale Mitarbeiterstab führt eigene und von Förderern und Auftraggebern finanzierte Projekte durch.

Das BICC sammelt und veröffentlicht Informationen, erstellt Gutachten und Publikationen und stellt diese Materialien NGOs, Regierungen und privaten Organisationen zur Verfügung. Es ist Mitherausgeber einer internationalen wissenschaftlichen Schriftenreihe (*Sustainable Peace and Global Security Governance*) und des Jahrbuchs „Friedensgutachten“.

Das Konversionszentrum organisiert regelmäßig Ausstellungen, Konferenzen, Expertenworkshops und Vortragsveranstaltungen. Mit seiner Öffentlichkeitsarbeit möchte das BICC seine zentralen Themen stärker ins Bewusstsein der Menschen rücken.

Das BICC wurde 1994 mit Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) als gemeinnützige GmbH gegründet. Die Gesellschafter sind die Bundesländer NRW und Brandenburg. Die Gremien des BICC sind der Aufsichtsrat, die Gesellschafterversammlung und der Internationale Beirat.

Fotos

- Titel UN photo. Flüchtlingscamp nahe Tindouf, Algerien; GIZ-IS. Juba; weitere wie angegeben
- S. 4 Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen. Ministerin Svenja Schulze
- S. 5 BICC. Peter J. Croll
- S. 8 Heinke/BICC. Der Ausschuss für Internationales und Wissenschaft der Stadt Bonn tagte im BICC
- S. 9 Heinke/BICC. Lena Guesnet (BICC) und Shamiso Mtisi (Kimberley Prozess, Koordinator des *Local Focal Point* in Simbabwe) bei einer Diskussionsveranstaltung zu Konfliktdiamanten
- S. 10 Heinke/BICC. Bei der Vorstellung des GMI diskutierten Jan Grebe (BICC), Peter Krahl (BMZ), Bernhard Moltmann (HSFK) und Peter J. Croll (BICC)
- S. 11 Klausnitzer/BICC. William Deng Deng (links), Vorsitzender der Southern Sudan DDR Commission (SSDDRC), besuchte das BICC
- S. 15 UN photo. Libyen-Flüchtling aus Bangladesch in der Grenzstadt Sallum, Ägypten
- S. 17 Von Boemcken/BICC. Vor dem Gebäude der Intercon-Security, Liberia
- S. 19 GIZ-IS. Paul Pita Moga, Teilnehmer am GIZ-IS Reintegrationsprogramm, auf dem Markt in Juba
- S. 21 Müller/BICC. Diamantenschürfer in Sierra Leone
- S. 23 Warnecke/BICC. Die BICC-Forscherinnen Andrea Warnecke und Felicia Scheliga (v.r.) mit tadschikischen Teilnehmern der Feldforschung
- S. 25 Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW. Eberhard Neugebohrn